

Wöchentlich 60 Bl., monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,40 M., halbjährlich 10,80 M., jährlich 21,60 M. Einzelhefte 30 Pf. Postgebühren und Abonnement 4.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Welt und Zeit“ und „Ankerfreund“, Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tatort“, „Bild in die Zukunft“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die ständige Korrespondenz des „Vorwärts“ besteht aus 100 Redakteuren, 1000 Korrespondenten und 100000 Abonnenten. Die Redaktion ist in der Lindenstraße 3 in Berlin. Die Druckerei ist in der Köpenicker Straße 10 in Berlin. Die Verlagsleitung ist in der Köpenicker Straße 10 in Berlin. Die Geschäftsleitung ist in der Köpenicker Straße 10 in Berlin.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkassentkonto: Berlin 37336. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 2.

Hugenbergfront gegen Hindenburg! Ist es ein Volksbegehren?

Offene Stellungnahme gegen den Reichspräsidenten.

Hugenbergs „Reichsaussschuß“ hat die Erklärung des Reichspräsidenten, daß er nicht in den Kampf für und gegen den Young-Plan gezogen werden wolle, „mit freudigem Danke“ begrüßt. Nach seiner zweiten Erklärung, die den § 4 des Volksbegehrens als „einen unsachlichen und persönlichen politischen Angriff behauert und verurteilt“, ist solche Heuchelei nicht mehr möglich. Mit einem Knick ist die Hugenberg-Presse in die nationalsozialistische Front gegen den Reichspräsidenten eingeschwenkt.

Nicht „mit freudigem Danke“ — nein „mit Bedauern und machsendem Befremden“ stellt der „Berliner Lokal-Anzeiger“ fest, „daß der Herr Reichspräsident abermals falsch unterrichtet worden ist“. „Der Reichspräsident ist kein Jurist, und alles Juristische liegt seinem Wesen weit fern.“ Also wird er nachträglich belehrt, daß sich der § 4 überhaupt — nicht gegen die jetzige Regierung richtet, sondern nur die Zukunft im Auge habe. Diese „Rechtsbelehrung“ ist freilich nur ein klägliches Rückzug und eine elende Kabulistik, wie eine amtliche Erklärung, die wir weiter unten wiedergeben, schlagend beweist.

Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ findet ferner, daß die Stellungnahme des Reichspräsidenten „in einem bedauerlichen Gegensatz“ stehe zu dem Schreiben des Reichspräsidenten vom 18. Oktober. Wir vermögen diesen Gegensatz nicht zu erkennen, denn der Reichspräsident hat in jenem Schreiben lediglich gewünscht, daß man ihn im Streit um Annahme oder Ablehnung des Young-Planes aus dem Spiel lassen solle. Seine Meinung über den § 4, über die Justizhausdrohung gegen die Minister, hat er aber schon zweimal unzweideutig ausgedrückt: einmal durch den Dank, den er der Haager Delegation aussprach und dann durch die Art seiner Teilnahme an Streikemanns Leichenbegängnis.

Die Hugenberg-Deute konnten gar nicht im Zweifel sein und waren auch gar nicht im Zweifel darüber, wie der Reichspräsident über den Justizhausparagrafen dachte. Sie glaubten aber, ihren Anhängern seine Stellungnahme verbergen und ihnen einreden zu können, wer Hindenburg gewählt habe, müsse nun auch für ihr „Volksbegehren“ sein. Das war eine bewußte Irreführung. Ihre Wut, die sich jetzt teils gegen den Reichspräsidenten, teils gegen den Reichskanzler richtet, ist die Wut der Entappten.

„Kreuz-Zeitung“ und „Deutsche Zeitung“ sind so vorsichtig, den Reichspräsidenten aus dem Spiel zu lassen. Sie toben gegen den Reichskanzler, weil er die Aeußerung des Reichspräsidenten veröffentlicht hat, und lassen durchblicken, daß diese Veröffentlichung gegen den Willen des Reichspräsidenten erfolgt sein könnte. Jedoch ist die Annahme, der Reichspräsident wolle seine Meinung der Öffentlichkeit vor-enthalten, ebenso unmöglich wie die andere, daß der Reichskanzler die Veröffentlichung gegen den ausdrücklichen Wunsch des Reichspräsidenten vollzogen hätte. Daß die Aeußerung selbst gefallen ist, wie sie wiedergegeben wurde, mag niemand zu bestreiten. Es bleibt also nichts übrig, als der Zorn darüber, daß das Volk erfahren hat, wie Hindenburg denkt. Für die Hindenburg-Schwärmer von gestern, die Anhänger einer „verstärkten Macht des Reichspräsidenten“ wahrlich ein sehr merkwürdiges Verhalten!

Herr Hugenberg läßt ankündigen, daß er sich heute in Karlsruhe mit der Erklärung des Reichspräsidenten befassen wird. Hoffentlich kriegt er nicht zuvor wieder, wie bei der Dawes-Abstimmung im Reichstag, eine Herzattacke, die ihn ins Bett zwingt.

Young-Plan und Justizhaus.

Durch WTD. wird bekanntgegeben:
Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei wendet sich unter der Ueberschrift „Jurefführung des Reichspräsidenten“ gegen die Feststellung, daß § 4 des Volksbegehrens jeden Minister oder Bevollmächtigten für den Abschluß des Young-Vertrages oder ähnlicher Abmachungen wegen Landesverrat bestrafen will. Demgegenüber wird von zuständiger Seite festgestellt, daß § 4 des Volksbegehrens in Verbindung mit dessen § 3 den Abschluß aller Verträge, die Reparationsverpflichtungen enthalten, schon jetzt als Landesverratsverbrechen handlung brandmarkt, wenn auch selbstverständlich wie bei jedem Strafgesetz eine strafrechtliche Verfolgung im Einzelfalle erst für die nach dem Inkrafttreten dieses Strafgesetzes begangenen Handlungen einleiten kann, Insofern wird im § 3 die

hingestellt und damit gegen die Reichsregierung der Vorwurf erhoben, daß sie sich einer, nach Auffassung der Antragsteller mit Justizhaus zu bestrafenden Tat schuldig mache.

Jeder, der für das Volksbegehren eintritt, macht sich diesen Vorwurf zu eigen und beteiligt sich an dem „unsachlichen und persönlichen politischen Angriff“, den der Herr Reichspräsident in seiner Aeußerung an den Reichskanzler bedauert und verurteilt hat.

Rückwärts, rückwärts!

Immer weniger Inflationstreuer in Berlin.

Die Zahl der Entwürfe für Hugenbergs Inflationstreue zeigt auch am Freitag, den dritten Tage, in den folgenden Berliner Bezirken einen Rückgang:

Liebigarten	1384	(2. Tag 1609	1. Tag 1878)
Wedding	671	(2. „ 627	1. „ 749)
Reuzberg	1403	(2. „ 1562	1. „ 1751)
Tempelhof	324	(2. „ 404	1. „ 420)
Neukölln	526	(2. „ 622	1. „ 693)
Reinickendorf	308	(2. „ 331	1. „ 376)

Am zweiten Tag überall Rückgang.

In Köln haben sich bei einer Gesamtzahl von etwa 530 000 Stimmberechtigten am ersten Tage 558 und am zweiten Tage 433 Personen für das Volksbegehren eingezeichnet.

In München zeichnen sich am ersten Tage 92 Personen ein. In Düsseldorf am ersten Tag 618, am zweiten Tag 352. In Hamburg am ersten Tag 1650, am zweiten Tag 1280.

Am Abend des ersten Tages sprach Hugenberg in Hamburg. Ergebnis: Rückgang um 300 Entwürfen.

In Aitona am ersten Tag 256, am zweiten Tag 219. In Bremen am ersten Tag 1585, am zweiten Tag 952. In Magdeburg am ersten Tag 1463, am zweiten Tag 1237. In Leipzig am ersten Tag 797, am zweiten Tag 682. In Breslau am ersten Tag 1007, am zweiten Tag 880. In Stuttgart am ersten Tag 767, am zweiten Tag 603. In Braunschweig, einer Hochburg der Rechtsparteien, am ersten und zweiten Tag zusammen 522.

Republiksschutz kommt.

Gesetzentwurf dem Reichsrat zugeleitet.

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner gestrigen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Sitzung den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik, der unverzüglich dem Reichsrat zugeleitet wird.

Der suspendierte Regierungsrat.

Der Hugenberg-Ausschuß in Verlegenheit.

Der Hugenberg-Ausschuß will die Tatsache verbergen, daß der Regierungsrat Bierbach in Düsseldorf vom Amt suspendiert worden ist, weil er die niedrige Hugenberg-Propaganda unterstützt hat. Der Hugenberg-Ausschuß verbreitet eine Weidung, monoch weder der Regierung in Düsseldorf noch Bierbach selbst etwas von diesem Schritt bekannt sei.

Gegenüber diesem kläglichen Vertuschungsversuch teilt der Amtliche Preussische Pressedienst den folgenden Beschluß des Preussischen Innenministers und des Finanzministers mit:

Gegen den Regierungsrat Johannes Bierbach-Düsseldorf, welcher hincircend verdächtig erscheint, die ihm durch sein Amt anvertrauten Pflichten dadurch verletzt zu haben, daß er sich agitatorisch, so durch Unterzeichnung eines in Nr. 521 der „Düsseldorfer Nachrichten“ veröffentlichten verheerenden Aufrufes zugunsten des Volksbegehrens („Freiheitsgesetz“) betätigt hat, obwohl dieses in seinem Paragraph 4 den Herrn Reichskanzler und die Herren Reichsminister als Personen kennzeichnet, die das Verbrechen des Landesverrats zu begehen gewillt seien und vor deren Begangen sich das deutsche Volk nur durch Justizhausstrafen schützen könne, wird auf Grund der §§ 2 und 23 des Gesetzes, betr. die Dienstvergehen der nichtrichterslichen Beamten vom 21. Juli 1852 (Ges.-Samml. S. 465), das idemliche Disziplinerverfahren mit dem Ziele der Entsetzung aus dem Amte eingeleitet. Gleichzeitig wird auf Grund des § 50 des Disziplinargesetzes die sofortige Suspension des Angeklagten von seinem Amte verfügt.

Eine geschichtskritische Betrachtung der Entwicklung des politischen Lebens in Deutschland seit dem Zusammenbruch des kaiserlichen Regierungssystems kann nicht an den charakteristischen Aenderungen der selbstgewählten Namen seiner politischen Parteien und Agitationsvereine, die sich in dieser Zeit vollzogen haben, vorübergehen.

Politische Parteien im heute geltenden Begriff dieses Wortes sind in Deutschland erst im neunzehnten Jahrhundert entstanden. Entscheidend war dabei, daß sie sich auf Grund von Abmachungen — später Wahlen — rekrutierten, die über die ständischen Abgrenzungen hinausgriffen. Daher wählten sie sich zunächst Namen, die eine bestimmte politische Tendenz zu erkennen gaben, geradezu ein Programm vorzeichneten, wie kontervativ, konstitutionell usw. Das dauerte auch noch nach dem Revolutionsjahr 1848 an. Die neuen Parteien, die sich da bildeten, hielten gleichfalls darauf, in ihrem Namen ihre politische Tendenz deutlich kundzugeben. In der Epoche, welche die nationalistischen Kriege an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert einleiteten, bricht jedoch in dieser Hinsicht ein Wandel an. Wie bei diesen Kriegen die Regierungen der Ursprungsländer bei deren Begründung vor dem Auslande an die Stelle unzweideutiger Begriffe vieldeutige Schlagworte treten ließen, so auch die hinter ihnen stehenden Parteien im politischen Kampf daheim. Diesem Beispiel folgend veranlaßte bei uns im Weltkrieg Herr Tirpitz die von seinen Parteigängern ins Leben gerufene Vereine für die agitatorische Unterstützung seiner von Wilhelm II. und dem Reichskanzler Bethmann Hollweg als unmöglich erkannten Politik, sich „vaterländische Vereine“ zu nennen und damit zu unterstellen, daß alles, welche jene Politik nicht unterstützten, es an der richtigen „vaterländischen Gesinnung“ fehle. Und als dann das Kaiserium der Hohenzollern zusammenbrach, änderte die Partei des agrarischen reaktionären Junkertums und der mit diesem verbündeten Schlotzjunker ihren Namen aus konservativer Partei in „Deutschnationale Volkspartei“. Warum? Nun, in dem Wort „konservativ“ lag noch etwas von einem ehrlichen Bekenntnis zu einer bestimmten politischen Tendenz. Was aber liegt unzweideutig in dem Wort „Deutschnationale Volkspartei“? Nichts, absolut nichts! Denn deutsch ist jeder Deutsche, keine Partei von Landesangehörigen Deutschlands sagt etwas sie von anderen Deutschen Parteien genau unterscheidendes, wenn sie ihrem Namen das Wort „deutsch“ voranstellt. Auch der Zusatz „national“ ändert daran nichts. Denn es gibt in Deutschland keine politische Partei von Landesangehörigen, die nicht zugleich national im überkommenen Begriff dieses Wortes wäre, das heißt, grundsätzlich für die nationalen Interessen Deutschlands einträte.

Allerdings kann man in konkreten Fällen darüber verschiedener Meinung sein, ob ein nationales Interesse Deutschlands vorliege und was es erheische. Aber der Name allein gibt dafür keine zuverlässige Bestung, er läßt die weitest auseinandergehenden Auffassungen zu. In den Augen der Leiter der Partei allerdings kein Mangel, sondern ein Vorteil. Gestützt auf diese Eigenschaft des Namens — seine Vieldeutigkeit — kann man der eigenen Partei alle möglichen Rechte zusprechen, anderen Parteien alle möglichen Verstöße unterstellen. Und auch der Zusatz „Volkspartei“ ändert daran gar nichts. Er ist da im Gegenteil Mittel der Verkleinerung der politischen Sprache Deutschlands. Nach im ganzen 19. Jahrhundert verstand man in Deutschland allgemein unter Volkspartei eine Partei der demokratischen Tendenzen der ärmeren Volksklassen. Durch die Anfügung dieses Wortes an das „deutsch-national“ hoben die Macher der Partei aber jenen sehr bestimmten Sinn ins völlig Unbestimmte verwischt. Ein der Vieldeutigkeit entsprechend formuliertes Programm hat es ermöglicht, einige nationalstiftliche bearbeitete Arbeitervereine in die Partei aufzunehmen, aber an der politischen Natur der Partei ist dadurch absolut nichts Wesentliches geändert. Auch wenn sie ihrer Arbeitersektion, um sie bei der Stange zu halten, gelegentlich kleine politische Zugeständnisse macht, ist und bleibt sie darum doch in Fragen, wo es ihr darauf ankommt, Partei der Interessen der Besitzenden, die ihr angeschlossenen Arbeiter aber sind im letzten Grunde immer nur Anhänger einer solchen.

Und das trifft auch für alle politischen Parteibildungen von Deuten zu, die, ohne der Partei der Deutschnationalen formell angeschlossen zu sein, gleich ihr das Wort „national“ in den Vordergrund stellen und es in ihrem Sinne ausdeuten. Ein klassisches Beispiel ist die Verbindung, die sich „Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ nennt. Ihr Verhalten in Fragen von entscheidender Bedeutung für die innere und äußere Politik Deutschlands läßt keinen Zweifel daran, daß die Barstellung des Wortes „national“ in ihrem Namen lediglich die Tendenz anzeigt, in ihrer politischen Praxis die Tragweite des Begriffs „sozialistisch“ nach Möglichkeit zugunsten des

Schobers Verfassungsprojekt.

Dienstag beginnt die Debatte.

angehlich „Nationalen“ bis zum Widerspruch gegen dessen in der Geschichtswissenschaft allgemein feststehenden Sinn abzuschwächen.

Und das trifft auch von allen politischen Verbindungen zu, die sich in ähnlicher Formulierung „national“ nennen. Dieses Wort ist im heutigen Deutschland als parteipolitischer Begriff im höchsten Grade irreführend und dadurch überaus bequemes Mittel politischer Irreführung. Es ist so oft als solches benutzt worden, daß Leute, die aus der Erfahrung zu lernen verstehen, dort wo sie bei politischen Kundgebungen auf dasselbe in dieser Anwendung stoßen, alsbald Unrat wittern und sich gewarnt sein lassen. Leider gibt es jedoch noch gar zu viele, die trotz aller Erfahrung immer wieder auf dasselbe hereinfallen.

Neulich steht es auch mit dem Gebrauch des Wortes „Volk“ als Vorstufe. Im ursprünglichen Geschäftsoerkehr diente es lange als ehrlicher Hinweis, daß es sich um eine Sache nach den Wünschen oder im Interesse der breiten Volksmasse handelte. In dem Maße aber, als die zunehmende Konkurrenz zu steigender Anwendung starker Anziehungsmittel trieb, verlor die Vorstufe „Volk“ ihre einstige Harmlosigkeit und ward zum Mittel mehr oder weniger raffinierter Ausnutzung von Volksvorurteilen für die tendenziöse Bearbeitung der Geister. Ich war noch nicht lange aus dem Anabenerhaus heraus, als befreundete Altersgenossen und ich dahinterliefen, daß hinter der Ankündigung „Volks-theater“ in der Mehrheit der Fälle geistig recht minderwertige Darbietungen steckten. Und wenn ich auch vorurteillos genug war, diese Erfahrung nicht kritisch zu verallgemeinern, habe ich sie mir immerhin als eine Warnung dienen lassen, was ich denn auch nie zu bedauern gehabt habe.

Jetzt ruft die Treiberei mit dem sogenannten „Volksbegehren“ sie mir wieder ins Gedächtnis. Ich brauche an dieser Stelle nicht zu wiederholen, wieviel verbrecherische Unwahrheit in dem Nachwort enthalten ist, das der Masse unseres Volkes mit dem schönklingenden Titel „Volksbegehren“ unterbreitet wird, um unterschritten Leichtgläubiger einzufangen. Es genügt, festzustellen, daß dieses „Begehren“ nicht im geringsten vom Volk ausgeht, sondern Erzeugnis von Einbläsern und Agenten der Reaktionsparteien ist, bestimmt, die diesen unbequemen demokratischen Republik wenn irgend möglich in eine Laas hineinzutreiben, die eine Erneuerung der Schreden des Weltkriegs mit ihren fürchterlichen Nachwirkungen bedeuten würde. Führende Mitglieder der Reichsregierung und hervorragende Vertreter der demokratischen Parteien haben sich das Verdienst erworben, die schamlosen Unwahrheiten und gewissenlosen Fälschungen dieses „Begehrens“ vor aller Welt aufzudecken. Es liegt mir selbstverständlich mißsam, das Verdienst ihrer Vorträge irgendwie verkleinern zu wollen. Und doch muß ich um die Erlaubnis bitten, mit dem armen Nipper Twiss des unsterblichen Charles Dickens das Gefühl äußern zu dürfen: „Bitte, bitte, noch etwas mehr.“ Denn dieses sogenannte „Volksbegehren“ hat selbst Leuten, die sonst sich streng gemäßigt ausdrücken pflegen, wenn sie das Wort als Ueberschrift erblickten, den erbitterten Ausruf auf die Lippen gedrängt: „Volksbegehren? Nein und tausendmal nein! Ein ganz verruchter Volksbetrug!“

Kaas und seine Ausleger.

Zufriedenes „Tageblatt“ und begeisterte „Kreuz-Zeitung“.

Herr Kaas, der Zentrumsführer, ist ein Schüler Hertlings. Es war die Art des Freiherrn v. Hertling, Reden zu halten, die ein merkwürdiges Gemisch von Selbstverständlichkeiten und Schwerverständlichkeiten, von hellen Eindeutigkeiten und dunklen Andeutungen bildeten. So mußte zum Schluß niemand recht, was Hertling eigentlich gesagt hatte, aber allgemein konnte man hören, daß dies wieder „die Rede eines Staatsmannes“ gewesen sei.

Herr Kaas hat am Donnerstag in Dortmund eine Rede gehalten, deren Hauptinhalt hier schon gestern als etwas „orakelhaft“ bezeichnet wurde. Aber Herr Kaas hat mit seiner Rede seinen richtigen Hertling-Erfolg: er wird überall als Staatsmann gefeiert und überall verschieden ausgelegt. Im Freitagabend brachten sowohl das „Berliner Tageblatt“ als auch die „Kreuz-Zeitung“ Leitartikel über die Dortmunder Rede — und siehe da: sie sind beide von ihr gleich angenehm berührt.

Das „Tageblatt“ ist sehr erfreut über die Schärfe, mit der Kaas die Vergiftung der öffentlichen Meinung durch die Volksbegehrier gegeißelt hat. Es findet die Rede „bemerkenswert“. Die „Kreuz-Zeitung“ findet sie „hochbedeutend“. Kaas erklärt den gegenwärtigen Zustand für unzufrieden. „Ganz unsere Meinung“, versichert die „Kreuz-Zeitung“. Er spricht von der Möglichkeit einer „Staatskrise“. Die „Kreuz-Zeitung“ platziert die „Staatskrise“ über zwei Spalten ihres Blattes. Darüber, daß Kaas mit dem Gedanken spielt, „weirwaile Kräfte konservativen und christlichen Denkens einzusetzen gegen das forcierte und unorganische Entwicklungstempo, wie es diesen sozialdemokratischen Vertretern des republikanischen Gedankens vorschwebt“, gerät die „Kreuz-Zeitung“ vor Entzücken vollends aus dem Häuschen. Wie sollte sie auch nicht? Nichts doch die Worte „konservativ“ und „christlich“, miteinander in Verbindung gebracht, so schön nach der guten, alten Zeit, nach Monarchie und Junkerherrschaft. Dachte Herr Kaas daran, daß „konservativ“ und „christlich“ das politische Schlagwort war, mit dem die Herren des preussischen Dreiklassenparlaments alle ihre Infamien deckten? Die „Kreuz-Zeitung“ erinnert sich sofort daran, und das ist nur selbstverständlich.

Das deutsch-nationale Blatt macht dann lange Ausführungen über die „nationale Opposition“. Sie sei jetzt nur deshalb so böse, weil man sie leinert, als sie in der Regierung sah, so schlecht behandelt habe. Das ist einer der Fälle, in denen der heile Berliner sagt: „Rechtgläubig, ich hör dir soosen.“ Die „konservativen“ Kräfte bieten den „Christlichen“ gegen Zusicherung guter Behandlung ihre Dienste an.

Die „Germania“, zwischen „Tageblatt“ und „Kreuz-Zeitung“ gestellt, schreibt von der Dortmunder Rede: „Es ist eine Rede, die unmißverständlich zeigt, wo das Zentrum steht.“ Da die Verdächtigungen offenbar in den verschiedenen Redaktionen verschieden ausgelegt sind, muß die „Germania“ jetzt wohl die Güte haben, unmißverständlich zu entscheiden, wer recht hat: das „Berliner Tageblatt“ oder die „Kreuz-Zeitung“!

Der Hatzel-Kusschall des Breußlichen Landtages wird sich voraussichtlich in der kommenden Woche konstituieren. Den Vorsitz wird nicht der Abgeordnete Schulz-Neudöhlen (Komm.), sondern Abgeordneter Döblich (Komm.) führen.

Wien, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Regierung hat dem Nationalrat die Verfassungsänderung unterbreitet. Die Vorlage stützt sich in der Hauptsache auf Bestimmungsbestimmungen anderer Staaten. Sie befaßt unter anderem:

Die Wahl des Bundespräsidenten erfolgt künftig durch das Volk. Wenn kein Kandidat die absolute Mehrheit erlangt, hat die Bundesversammlung unter den drei Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben, zu wählen. Für die Wahl des Bundespräsidenten wird die Wahlpflicht eingeführt. Die Amtsperiode des Bundespräsidenten wird von vier auf sieben Jahre verlängert. Der Bundespräsident erhält das Recht der Auflösung des Nationalrats sowie das Recht der Ernennung und Entlassung der Bundesregierung. Er erhält ferner den Oberbefehl über das Bundesheer. Außerdem soll er berechtigt sein, auf Vorschlag der Regierung

in Abwesenheit des Parlaments dringliche Verfügungen mit provisorischer Kraft

zu erlassen. Auch kann er den Ausnahmezustand zur Unterdrückung großer Unruhen verhängen. Neben dem Nationalrat soll statt dem bisherigen Bundesrat ein Länder- und Ständerat bestellt werden. In ihm sollen nicht wie bisher gewählte Vertreter der Länder, sondern Vertreter des Landeshauptmanns und die Finanzreferenten der Länder sitzen, dazu die Vertreter der Berufsstände. Diese Bestimmung wird jedoch nur im Prinzip festgelegt, alles weitere soll einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Für den Nationalrat wird das Wahlalter von 20 auf 21 Jahre heraufgesetzt sowie eine ständige Wählerliste eingeführt, die jedes Jahr im November zusammengestellt werden soll. Auch hier soll die Wahlpflicht eingeführt werden. Der Nationalrat soll zweimal im Jahre eine ordentliche Tagung abhalten, die jeweils nur zwei Monate dauern soll. Auf Verlangen eines Drittels der Mitglieder des Nationalrats kann eine außerordentliche Tagung einberufen werden. Schließlich wird die Zahl der Mitglieder der Landtage und der Landesregierungen wesentlich herabgesetzt. Geplant ist auch eine Verminderung der Mitglieder des Nationalrats, jedoch erst im Wahlgesetz, das demnächst vorgelegt werden soll.

Wien soll nicht mehr als eigenes Land gelten.

Sondern lediglich Bundeshauptstadt sein. Die Wählerverzeichnisse in den größeren Gemeinden und namentlich in Wien sollen nicht mehr von der Gemeinde, sondern von der Polizei geführt werden.

Eine Reihe von Bestimmungen verschlechtert in versteckter Weise den bestehenden Rechtszustand. So soll jede Sicherheitsbehörde zur Vermeidung drohender Störungen der Ruhe und Ordnung den Ausnahmezustand verfügen können. Der Adel, der durch die Verfassung aufgehoben ist, soll wieder eingeführt werden, indem das Gesetz über die Aufhebung des Adels und gewisser Titel und Würden (auch das Gesetz über das Staatswappen) nicht mehr den Charakter von Verfassungsgesetzen behalten und infolgedessen durch einfache Mehrheit wieder eingeführt werden kann.

Die erste Besetzung der Vorlage wird am Dienstag beginnen. Die Sozialdemokratie wird die Vorlage sehr energisch bekämpfen.

Schobers Begründungsrede.

Wien, 18. Oktober.

Bundeskanzler Schöber begründete im Nationalrat die Regierungsvorlage. Die Bundesregierung glaubt, die Einrichtung einer zweiten Kammer mit ständischen Einschluss vorsehen, die Durchführung jedoch einem noch später einzubringenden Gesetz vorbehalten zu sollen. Einen Reichswirtschaftsrat nach reichsdemokratischem Muster meint die Regierung nicht empfehlen zu sollen, weil dieser nur eine beratende und begutachtende Funktion, nicht aber unmittelbare Teilnahme an der Gesetzgebung hat. Bis zur Konstituierung des Länder- und Ständerates soll der bisherige Bundesrat bleiben.

Beim Nationalrat soll für das aktive Wahlrecht die Altersgrenze auf das vollendete 21. Lebensjahr, für das passive Wahlrecht auf das vollendete 29. Lebensjahr heraufgesetzt werden.

Eine Einschränkung der Immunität der Abgeordneten

in dem Sinne, daß die oft gerügten Auswüchse der Vergangenheit zukünftig sich nicht mehr ereignen, besonders was Uebertretungen des Pressgesetzes betrifft, wird im Rahmen dieser Reform nicht zu umgehen sein. (Vehemente Zustimmung rechts.) Damit nun den unmittelbaren Volksrechten in Zukunft ein größerer Gebrauch gemacht werden kann, wird eine Abänderung der Voraussetzungen für Volksbegehren und Volksabstimmung beantragt werden. Die Befugnis des Bundespräsidenten, besondere Verordnungen zu treffen, falls vitale Interessen der Allgemeinheit auf dem Spiele stehen, soll selbstverständlich nicht dazu dienen, einen Dauerzustand einzuführen, durch den die demokratischen Einrichtungen des Parlaments für längere Zeit ausgeschaltet würden. Dem Nationalrat wird die volle Kontrolle über den Inhalt und die Notwendigkeit solcher Verordnungen einzuräumen sein. (Zwischenruf Dito Bauers: „Das war auch beim § 14!“) — Zur Entpolitisierung in der Verwaltung, der Rechtsprechung und besonders im Bundesheer bemerkt Schöber, daß ein Antrag vorliegt, der die Aufhebung der „Ständigen Parlements-Kommission für Heeresangelegenheiten“ zum Inhalt habe, und zwar aus dem Grunde, weil sonst durch die der Parlements-Kommission angehörenden Politiker wieder Politik in das entpolitisierte Heer getragen werden könnte. (Zwischenruf links.)

Die Geschworenengerichte sollen durch Schöffengerichte ersetzt werden.

Die Gründe zur Aenderung der Stellung Wiens im Bundesrat, fuhr Schöber fort, sind nicht in feindseligen Absichten der Regierung und der Mehrheitsparteien zu suchen. Der bisherige Zustand ist vielmehr nach sachlicher, unbefangener Betrachtung auf die Dauer unhaltbar. Er ist — selbst bei größter Objektivität — eine Quelle des Mißtrauens, und es liegt durchaus im Interesse der Verwaltung, hier eine Aenderung herbeizuführen. Es soll jedoch die Bundeshauptstadt Wien in allen ihren Angelegenheiten, die in den anderen Ländern in deren selbständigen Wirkungsbereich

gehören, grundsätzlich wie bisher die gleichen Rechte in Gesetzgebung und Vollziehung behalten. Eine

gewisse Rücksicht durch Einführung von besonderen kollegial eingerichteten Behörden

ist aber unerlässlich. Eine Gefährdung der Rechte der Gemeinde Wien ist dies um so weniger, als der Gemeinde das Beschwerderecht gegen solche Verfügungen der Bundesregierung vor dem Verwaltungsgerichtshof eingeräumt wird. (Lachen der Soz.) Im Bereich der mittelbaren Bundesverwaltung soll Wien nur eine Instanz bilden, damit eben der oft gerügte Mangel der Vereinfachung von zwei Instanzen in der Hand des Bürgermeisters beseitigt wird. Alle Angelegenheiten, die sonst einem Landeshauptmann zustehen, werden in Wien demgemäß an den zuständigen Bundesminister übergehen.

Nachdem Schöber die Notwendigkeit der Regelung einzelner Fragen des Schulwesens betont hatte, erklärte er mit erhobener Stimme: Die Regierung bittet Sie, sich dem Ernst der Zeit nicht zu verschließen. Wie sehr wirtschaftliche Sorgen und Gefahren (Händellassen und Ruhe links: „Ja, ja! die wirtschaftlichen Sorgen!“) die politischen Einstellungen und Beltonschätzungen für den Augenblick zu verdrängen vermögen, wenn beide ursprünglich miteinander in Konkurrenz treten, hat sich erst kürzlich am 6. Oktober, diesem ominösen Sonntag, so recht gezeigt, als die bange Frage von Sein oder Nichtsein an das Tageslicht trat. An diesem Tage haben wir — ich möchte hoffen zum letztenmal — leben müssen, wie der Herzschlag der Wirtschaft in bedrohlichster Weise hämmerte, und als die wirtschaftliche Katastrophe vor der Tür stand, einen Augenblick lang der Pulsschlag auszuleben drohte. In diesem Augenblick kann wohl kein Denker unter uns, der auf den Ehrenkitteln eines Patrioten Anspruch erhebt, daran vorübergehen, daß jeder, der in diesem Staate lebt und der auch für alle Zukunft seine Kinder und Kindeskinde glücklich wissen will, mit diesem Lande auf Gedeih und Verderb verbunden ist, mag er in seinem Innern welcher Partei immer angehört. Prüfen Sie alles gewissenhaft, und geben Sie Ihren Wählern und dem ganzen Volke den Beweis, daß das Parlament seine hohen Pflichten zu erfüllen vermag. Die Bundesregierung bittet die Parteien den Ruf zu hören, der schon 1868 an die Pflichten Wiens erfolgte: „Verlieren Sie keine Zeit!“ Verlieren Sie keine Zeit, um die Verabschiedung der Gesetzesvorlage durchzuführen. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Neuer Heimwehrterror.

Gegen den Sozialisten Leser und den Christlichsozialen Kunschal.

Wien, 18. Oktober.

Der sozialdemokratische Landeshauptmann des Burgenlandes, Genosse Ludwig Leser, wurde auf der Heberlandfahrt zu einer Versammlung von einer großen Heimwehrtuppe aufgehalten; sie trug Stahlhelme und war mit Peitschen versehen, was beides verbotswidrig ist. Führer war ein Oberamtmann Lang, ein gewählter Selbstverwaltungsbeamter, dessen Vorgesetzter Leser ist. Der Landeshauptmann, der sich von Lang sogar bedroht fühlte, hielt der Heimwehr die Rechtswidrigkeit ihres Vorgehens so energisch vor, daß sie den Lang im Stich ließ und den Weg freigab. Derselbe Lang hatte auch dem sozialdemokratischen Abg. Souchard schriftlich „verboten“, zu einer Versammlung zu kommen und gegen die Heimwehr zu reden; auch dieser Verbot ist gescheitert.

In einer Wiener christlichsozialen Versammlung schrien eingebrungene Heimwehrlere den Abg. Kunschal nieder; höhnisch wurde ihm zugerufen „Genosse Kunschal!“ Er hatte sich in einer Versammlung gegen den Bizekanzler Baugo in Verständigung und Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie als durchaus möglich und 1919/20 vollauf bewährt gefordert. Nur sein Aufstandsgesühl, sagte Kunschal, halte ihn ab, zu sagen, wer damals nächstelang mit ganz anderen Leuten als Sozialdemokraten bestimmen geseien sei!

Für den 27. Oktober war ein Heimwehraufmarsch in Wien angekündigt; er ist aber wegen des Aufmarschverbots verboten worden.

Der Krach der Heimwehrrbank.

Wien, 18. Oktober.

Im Nationalrat begründete der neue Finanzminister Dr. Döblich die Regierungsvorlage über die Fusion der Bodenkreditanstalt mit der Kreditanstalt. Zur Krise der Bodenkreditanstalt geführt hätten in erster Linie die durch die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Immobilisierung und die Vertrauenskrise infolge diesseitiger Angriffe, die nicht behoben werden konnte. Schließlich trat ein Moment ein, in welchem die flüssigen Mittel der Bank dem heftigen Andrang der Einleger nur noch für einige Tage genügen konnten. Wenn es in diesem kritischen Moment der Initiative der Bundesregierung und besonders des Bundeskanzlers sowie der raschen Entschlossenheit der Kreditanstalt nicht gelungen wäre, die Fusion durchzuführen,

wäre eine wirtschaftliche Katastrophe geradezu verheerender Art in den Industriekonzernen der Bodenkreditanstalt und eine Vertrauenskrise im In- und Ausland nicht zu vermeiden gewesen.

Die Kreditanstalt hat sich bereit erklärt, die ganze Masse dieser Bank ohne Inanspruchnahme materieller Opfer oder Haftung des Bundes zu übernehmen. Die Aktionäre der Bodenkreditanstalt erscheinen auf den ersten Blick als Leidtragende. Sie mögen aber bedenken, daß durch die Fusion für sie noch größerer Schaden vermieden wird und sie als Aktionäre der Kreditanstalt an der Masse auch weiterhin beteiligt bleiben.

Die Gemeindevahl in Posen-Pommern ergab an Stimmen und Mandaten für die reaktionären Nationaldemokraten in Posen 51, in Pommern 40 Proz., für den Regierungsbund 16 (20) Proz. und für die Deutsch-Bürgerlichen 67 (9,2) Proz. Außerdem erhielten Stimmen und Mandate die Christlich-DEMokraten und einige kleinere Gruppen. In der Stadt Posen wurden auch vier Kommunisten gewählt.

Sie widerrufen.

Die Sklaveneportlüge als Fälschung zugestanden!

Vor einigen Tagen hängten wir einen Artikel der deutschnationalen „Neuesten Nachrichten“ niedriger, in dem der Admiral a. D. G. Schmidt auf Grund eines gefälschten Zitats die Behauptung aufstellte, der „Vorwärts“ habe es als einen großen Fortschritt begrüßt, daß der Young-Plan der Weltfinanz gestatte, deutsche Jünglinge und Mädchen als Sklaven aus Deutschland zu exportieren, um deren Arbeitskraft in großen Unternehmungen der Weltfinanz in ausländische Währung übertragen zu lassen.

In ihrer Nr. 242 vom 16. Oktober 1929 sieht sich die Redaktion der „Neuesten Nachrichten“ auf Seite 3 zu folgendem Widerruf genötigt:

Zur Aufklärung bemerken wir, daß der erwähnte Artikel des „Vorwärts“ vom 16. Juni nicht die Auffassung vertreten hat, daß nach dem Young-Plan deutsche Jünglinge und Mädchen als Sklaven exportiert werden könnten. Diese Perspektive ist die Auffassung des Verfassers, der aus den Darlegungen des „Vorwärts“ seine Folgerungen zieht.

Selbstverständlich enthielt unser Artikel vom 16. Juni nichts, woraus ein Mensch mit fünf gesunden Sinnen und ohne Fälschungsabsichten derartige Schlüsse hätte ziehen können. Zudem aber war in den „Neuesten N.“ die vom Sklaveneport handelnde Stelle durch Gänsefüßchen ausdrücklich als angeblich wörtliches Zitat aus dem „Vorwärts“ kenntlich gemacht.

Hierzu sucht sich nun der Verfasser selber, der Admiral a. D. G. Schmidt durch die Ausrede herauszuwinden, daß „durch ein Versehen“ in seinem Manuskript die Gänsefüßchen — und zwar gleich an zwei verschiedenen Stellen! — fortgeblieben seien. Derartige „Versehen“ kennt man zur Genüge. Aber selbst ein solches kann Herrn Admiral a. D. G. Schmidt von dem Vorwurf der Fälschung nicht befreien. Sein angebliches „Vorwärts“-Zitat lautete nämlich:

„daß alle großen Finanzmächte der Welt sich gegen Deutschland verbänden, um das deutsche Volk eines Tages vor die Wahl zu stellen: entweder eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe in bisher ungekannten Ausmaßen über sich ergehen zu lassen oder deutsche Jünglinge und Mädchen als Sklaven aus Deutschland zu exportieren, um deren Arbeitskraft in großen Unternehmungen der Weltfinanz in ausländische Währung übertragen zu lassen.“

Wenn wir der Ausrede des Admirals Schmidt folgen, so sollen in seinem Manuskript hinter dem Wort „verbänden“ Gänsefüßchen fortgeblieben sein, die angezeigt hätten, daß nur die ersten zehn Worte des Zitats dem „Vorwärts“ entstammten.

Nach dem bliebe das Zitat eine glatte Fälschung. Derartige Gänsefüßchen mitten in einer Satzkonstruktion, deren wichtigster Teil erst folgt, können beim Leser unmöglich die Vorstellung hervorrufen, daß hier das Zitat bereits ende! Im vorliegenden Fall geht das um so weniger, als sich an das Wort „verbänden“ eine „um-zu“-Konstruktion anschließt. Die Worte „um-zu“ bedeuten nun gerade, daß das Folgende im Sinne des Vorangegangenen gesagt ist, sie drücken die innere Abhängigkeit der geschilderten Handlung aus. Damit besteht zwischen Vortrag und Nachsatz ein so inniger Zusammenhang, daß der Leser beides — trotz Gänsefüßchen — als geistige Einheit werten muß. Und das ist auch die Absicht dieser verzwirbelten Zitierrmethode!

Mit oder ohne Gänsefüßchen bleibt das Zitat des Admirals a. D. G. Schmidt ein gewissenloser Fälschertrick, den seine Admiralsuniform offenbar nicht an solcher Unehrlichkeit hindert!

Der Reichsernährungsminister spricht.

Zurückweisung der Landbundpropaganda im Rundfunk.

Reichsernährungsminister Dietrich sprach gestern abend im Rundfunk über das Thema „Landwirtschaft und Volksbegehren“. Er wies die Unrichtigkeiten des Aufrufs des Reichslandbundes für das Volksbegehren nach und kennzeichnete mit trefflichen Argumenten die Unsinngigkeit der Hugenberg-Aktion.

Die Kreisblätter.

Die „Allenstein-Zeitung“, die sich Verkündigungsblatt für amtliche Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden nennt, veröffentlicht an der Spitze ihrer Nummer 243 einen Aufruf für das Hugenbergische Inflationsbegehren, zugleich mit beschimpfenden Angriffen gegen die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung.

Hilfer-Anteile bei der SPD.

Nationalsozialisten veranstalteten in Breslau einen Sprechchor frei nach Thälmann-Remmel:

„Deutschland erwache! Wer hat euch verraten! Die Sozialdemokraten. Laßt euch nicht beirren, stimmt für das Volksbegehren.“

Die innige Gemeinschaft im Stumpfsinn zeigt sich bei Hakenkreuz und Sowjetstern allerorten.

Fälschung bei Hugenberg.

Inserat im „Cottbuser Anzeiger“:

„An dem gestern veröffentlichten Volksbegehren sind ohne deren Einwilligung die Namen verschiedener Geschäftsleute aufgeführt. Wir weisen eine derartige Handlungsweise aufs schärfste zurück und denken nicht daran, als Mittel zum Zweck zu dienen. Wir stehen auf dem Standpunkt: Keine Stimme dem Volksbegehren!“

Sie greifen zur Fälschung, weil sie selbst an ihrem Erfolg zweifeln.

Das wahre Gesicht des Stahlhelms.

Niedrige Gesinnung und schmutzige Gemeinheit.

In einer in Göttingen abgehaltenen Versammlung für das Volksbegehren führte der zweite Vorsitzende des Stahlhelms, Duesterberg, u. a. aus:

„So frei sind wir jetzt, daß sich bei uns in Deutschland jedes Schwein in seinem Dreck herumwälzen kann. Herr Grzesinski macht sich zum Ausführungsorgan der Feindmächte. Hoffentlich verleihe sie ihm auch die Ehrenlegion, die er dann auf den Grad heben kann, damit man ihn bei seinen Gelagen vom Oberstleutnant unterscheiden kann. Herr von Harnack, der neue Regierungschef von Merseburg, ist auch so einer. Tudas Zischariotik mir lieber, denn er hätte sich wenigstens nach seiner Schandtat auf. Hängen Sie in Merseburg eine Hufe aus, in der nichts darin ist und schreiben Sie Seering darauf. Dann gehen Geheimräte kopfbedeckt vor diesem neumodischen Geflügel vor.“

Die Gemeinheit dieser Agitation ist nicht mehr zu überbieten. Diese Burlesken kennzeichnen sich selbst und ihre niedrige Gesinnung dazu.

Kommunistische Gewerkschaftsspaltung.



Chor der Industriellen: „Herrlicher Anblick! — Schade, daß der Kerl so schwächlich ist...“

Neue Attacke der grünen Front.

Wieder ein Sofortprogramm.

Wie wir erfahren, will die unter Führung des Reichslandbundes stehende „Grüne Front“ der landwirtschaftlichen Interessenvertretungen einen neuen Angriff gegen Reichsregierung und Parlamente vortragen, um die Forderung des auf der letzten Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrates entwickelten Rentabilitätsprogramms durchzusetzen, von dem Herr Dr. Brandes selbst gesagt hat, daß die Landwirtschaft auf andere Berufsstände keine Rücksicht nehmen könne. In der Tat würde die Durchführung dieser Forderungen, mit denen keineswegs nur wirtschaftliche Ziele verfolgt zu werden scheinen, wieder einen großen Teil des deutschen Handelsvertragsystems über den Haufen werfen und die deutsche Exportsituation ohne Vorteil für die Landwirtschaft noch bedeutend erschweren.

Auch hier wird wieder mit einem „Sofortprogramm“ gearbeitet, das entweder wegen der bestehenden handelsvertraglichen Bindungen nicht durchführbar ist oder für die erstrebten Ziele verfehler wäre. Weber ist auf die Dauer eine vernünftige Agrarpolitik zu machen, noch überhaupt eine industrielle Ausfuhrpolitik mit den Sofortprogrammen der Männer der Grünen Front möglich. Der neuen Attacke muß man deshalb schon jetzt skeptisch gegenüberstehen.

Reine Rücktrittsabsichten Macdonalds.

Er ist nur durch die Reise ermüdet.

London, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Eine Bemerkung Ramsay Macdonalds in einer in Ottawa (Kanada) gehaltenen Rede, in der er den anstrengenden Charakter seiner offiziellen Reise beflagte, hat einer Reihe Londoner Abendblätter Anlaß zu sensationellen Meldungen über angebliche Rücktrittsabsichten des sozialistischen Ministerpräsidenten gegeben. Der „Daily Herald“ ist von Macdonald zu der Erklärung ermächtigt worden, daß Macdonald keineswegs an einen Rücktritt denke. Wie das Blatt der Arbeiterpartei weiter erzählt, ist Macdonald zwar durch die Anstrengungen seiner Reise ermüdet, alle Nachrichten, nach denen der Ministerpräsident „einem Zusammenbruch nahe sei“, wären jedoch glatter Lunden.

Deutschlands Vermittlung gescheitert.

Au Rußlands Weigerung / China war einverstanden.

Die deutsche Vermittlungsaktion in dem russisch-chinesischen Konflikt ist infolge der ablehnenden Haltung Rußlands ergebnislos verlaufen.

Die chinesische Nationalregierung hat sich dagegen im Prinzip bereit erklärt, den deutschen Vorschlag anzunehmen, ungeachtet der Tatsache, daß die in China zurzeit in Haft befindlichen sowjetrussischen Staatsangehörigen wegen des Verdachts der Verlegung der chinesischen Gesetze in Haft genommen wurden und ein Verfahren vor chinesischen Gerichten gegen sie eingeleitet ist, die chinesischen Staatsangehörigen dagegen, die in Moskau und anderen Städten Rußlands verhaftet wurden, friedliche und rechtsliebende Kaufleute und Arbeiter sind, die nur mit dem ausgesprochenen Ziel verhaftet wurden, Repräsentation auszulösen.“

Stalin weist die Bittenden zurück.

Trozkis Besuch um Wiederaufnahme in der russischen kommunistischen Partei ist von der russischen Parteileitung abgelehnt worden.

Inzwischen hat Stalin nach einer Mitteilung der linkskommunistischen Opposition in Deutschland Katschik auf Grund seiner Kapitulationserklärung in Saratow verhaftet und nach Barnaul in Sibirien, 350 Kilometer südlich von Tomsk, deportieren lassen. Diese Wohnnahme wird als eine scharfe Abgabe an Trozki bezeichnet. Nadel ist dagegen in Gnadon wieder aufgenommen worden. Jetzt darf er Artikel gegen Trozki und seine Freunde schreiben.

Letzland im Streik.

Die Aktion vollkommen gelungen.

Riga, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der von der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften durchgeführte einseitige Generalstreik ist in ganz Letzland glänzend gelungen. 80 Prozent aller Fabrikarbeiter streikten. In Riga verkehrten weder die Straßenbahn noch die Autobusse; auch der Hafen lag still. Viele Streikposten wurden von der Polizei terrorisiert.

Massaker in Süd-Algerien.

50 Fremdenlegionäre getötet.

Paris, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

In Algerien waren am Donnerstag schwere blutige Zusammenstöße zu verzeichnen. Der Kriegsminister gibt dazu in einem offiziellen Kommuniqué bekannt, daß eine Abteilung der Fremdenlegion in Süd-Algerien von Aufständischen angegriffen, in den Hinterhalt gelockt und vollständig aufgerieben wurde. 50 Fremdenlegionäre wurden massakriert, 21 verwundet, nur sieben konnten unversehrt entkommen. Ein Militärsieger, der Zeuge des furchtbaren Blutbades war, konnte den nächsten Militärposten alarmieren. Die herbeieilende Verstärkung mußte sich darauf beschränken, die Verwundeten zu bergen und die „Verfolgung des Feindes aufzunehmen“.

Blutbad in Bolivien.

Der Herr Botschafter in Paris und seine Privatarmee.

Paris, 18. Oktober. (Eigenbericht.)

Der bolivianische Gesandte Simon Patino ist am Freitag, wie die französische Presse meldet, von seiner Regierung plötzlich seines Postens enthoben worden. Hinter dieser unscheinbaren Meldung verbirgt sich eine diplomatische Skandallaffäre, die die Arbeitsverhältnisse in den südamerikanischen Staaten in furchtbarem Licht erscheln lassen.

Patino ist Besitzer einer der größten Zinnlager in Südamerika, die ihm einen märchenhaften Reichtum und nebenbei auch den von ihm bekleideten Posten eines diplomatischen Vertreters von Bolivien in Paris und Madrid eingebracht haben. Patino hatte der bolivianischen Regierung zur Befriedigung seines politischen Ehrgeizes vorgeschlagen, die Botschaftsreisen aus eigener Tasche zu bezahlen, wenn sie ihm erlaube, den Diplomaten zu spielen. Dieser Zustand hat nun aber ein unerwartetes Ende genommen. Patino beschäftigte in seinen Gruben einige hunderttausend Indianer, die ganz erbärmlich bezahlt wurden und im furchtbaren Elend ein menschenunwürdiges Dasein führten. Um den ständig ausbruchsreifen Revolten der Indianer vorzubeugen, mußte sich Patino eine Privatarmee von nicht weniger als 16.000 Mann halten, die mit den modernsten Mitteln, wie Flugzeugen, Maschinengewehren und Gasbomben, ausgerüstet war. Trotzdem kam es wiederholt zu Aufständen, die auch den Botschafter beschäftigten. Bei einer der letzten Revolten hat nun die „Armee“ Patinos ein so furchtbares Blutbad

unter den Eingeborenen angerichtet, daß der Standal nicht weiter zu verheimlichen war und die bolivianische Regierung ihren Botschafter seines Amtes entheben mußte.

„Verfluchte Chinesen!“

Kommunistische Völkerverföhnung in der Praxis.

Ein Vorfall, der die Früchte kommunistischer Erziehungsarbeit zeigt, spielte sich am Mittwochabend Ecke Lauben- und Friedelstraße ab. Ein amerikanischer Schriftsteller Dr. Gonzalez, der etwas fremdenländischen Typ besitzt, wurde von fünf Kommunisten, die ihn für einen Chinesen hielten, überfallen und unter dem Rufe „Verfluchte Chinesen, euch werden wir es heimzahlen“ verprügelt. Als die Polizei einschritt, riefen die Angreifer und entkamen. Der Überfallene hat nicht unwesentliche Verletzungen davongetragen.

„Siegreich wolln wir China schlagen!“ Das kommunistische Verhalten kann nur verglichen werden mit dem patriotischen Rob von 1914, der wohllos alles verprügelt, was er in seiner Einfalt als Engländer, Franzosen, Russen, Spion usw. ansah. Wer damals auf der Straße ein Wort in fremder Sprache hören ließ, war seines Lebens nicht mehr sicher. Daß die kommunistischen „Völkerverföhner“ einen ganz unbeteiligten Amerikaner für einen Chinesen ansahen, paßt so lächerlich es ist, durchaus in den Rahmen des Vergleichs. Aber selbst wenn der Mann wirklich Chinese gewesen wäre — hätte es nicht ein Anhänger Roskaus sein können, einer von denen, die man noch vor drei Jahren in allen kommunistischen Versammlungen und bei Piscator auf der Bühne hochleben ließ?

Der angebliche „Klassenkampf“ der Kommunisten ist dank der imperialistischen Sowjetpropaganda längst zum ganz gemeinen Völkerverföhnung herabgesunken. „Euch Chinesen werden wir es heimzahlen, — hoch die dritte Internationale!“ Wer laßt da?

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab. 19. 10.
Staats-Oper
 Unter d. Linden
 A.-V. 225
 19 1/2 Uhr
Aida

Sonnab. 19. 10.
Städt. Oper
 Bismarckstr.
 Turnus IV
 20 Uhr
 Der
 Schauspielregisseur
Coppelia

Staats-Oper
 Am Pl.-Republ.
 R.-S. 173
 20 Uhr
 Spanische Stunde,
 Der arme Matrose,
 Angilique.

Staatl. Schauspielb.
 am Gendarmenmarkt
 A.-V. 199
 20 Uhr
Die Weber

Staatl. Schiller-Theater, Charlith.
 20 Uhr. — Zum 25. Male
2 x 2 = 5

SCALA
 Tägl. 2 Vorstell.
 5 u. 8 1/2 Uhr
 russ. 256
 Unsere neue Pr.
 Weibchen 5 Uhr 30 Pl. bis 3 Uhr
 Tgl. 8 1/2 u. Sonnt. 5 Uhr 1 bis 8 Uhr
 Charlie Rivel, 3 Whirwind, Lora Tack Semow

PLAZA
 Tägl. 5 u. 8 1/2
 Sonnt. 2, 5 u. 8 1/2
 Alex. 2. 4. 6066
INTERNAT. VARIETE

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
 Tägl. 8 Uhr


3 Musketiere
 Regie: ERIK CHARELL
 Gesamtausstattung Prof. Ernst Stern
 Musik-Leitung: Ernst Haeke
3 Uhr
 Sonntag
 nachm.
 ungekürzt
 halbe Preise.

CASINO-THEATER
 Lohringer Straße 57.
 Neu! Täglich 8 1/2 Uhr Neu!
Vertagte Hochzeitsnacht!
 und ein erstklassiger bunter Teil.
 Für unsere Leser:
 Gutschein für 1—4 Personen
 Faustnoll nur 1.25 Mk., Sessel 1.75 Mk.,
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0.50 Mk.

ROSE
 -THEATER Gr. Frankfurter
 Straße 132
 Billettkasse: Alexander 3422
 Täglich 8 1/2 Uhr:
Die leichte Isabell
 Am Sonntag, dem 20. Oktober
 8.15 U.: **Die leichte Isabell**
 9 Uhr: Einmalige Festaufführung:
Vor Sonnenaufgang
 von Gerhart Hauptmann.
 Sie zahlen für Rg.-Balkon (Sella)
 80 Pl. für einen guten Mittel-
 Rang 60 Pl. für Seitenparket
 1 Mk., für II. Parkett 1.20 Mk.,
 für I. Parkett und Rapp-Balkon
 Mitte 1.50 Mk.
 Jeden Sonnabend 3 Uhr
 u. jeden Sonntag 2 1/2 Uhr:
Schneewittchen.
 jeden Mittwoch 3 Uhr:
Das tapfere Schneiderlein

Renaissance - Theater
 8 1/2 **STEMPELBRÜDER**
 Von Duschinsky Regie: Gust. Hartung.
 Sonnabend nachm. 3 Uhr
Ton in des Töpfers Hand
 Von Theod. Dreiser.
 Sonntag vorm. 11 1/2 Uhr.
Ludwig HARDT-HAMBUER
 Sonntag nachm. 4 Uhr
Krankheit der Jugend
 Von Ferd. Brückner.
 Theaterplatz 51, 5991 u. 2553/54.

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag nachm. 3
 Immer noch:
„Bei de Stettiner“
 taktige Fest-Revue!
 Nachmittags halbe Preise,
 volles Programm!
 Billettkass. Zentr. am 112. 63.
 8 1/2 **„Bühni - Brett“**
 Das große Oktober-Programm!
 Falkner-Orchester - Tanz.

Volksbühne
 Theater am Blüwitzplatz
 8 Uhr
**Frühlings
 Erwachen**
 Staatl. Schiller-Th-
 8 Uhr
2 x 2 = 5

Theat. d. Westens
 Tägl. 8 1/2 Uhr
Mariella
 Musik v. Oscar Straus
 Käthe Dorsch
 Michael Bohnen
 Sonnab. u. Sonntag
 4 Uhr
Friederike

**Winter
 Garten**
 8 Uhr = Zentr. 2019 = Ranthen erloscht
LINDORF u. weitere Attraktionen
 Sonnabend u. Sonntag je 2 Vorstellungen
 3^o und 4^o Uhr. 3^o kleine Preise.

ALT-BAYERN
 Festbühne Friedrichstr. 34
 SCHINDLERSKI & KATZE KUNST
 WILHELMOWA-SCHNEIDER-DUNKER
 und weitere Attraktionen
**IM KASINO TANZ
 IM KELLER OKTOBERFEST**

Blutschande
 \$ 173
 S.G.G.
 MIT
**OLGATSCHECHOWA
 WALTER RILLA**
 Erna Morena, Olga Limburg, Grete Graa,
 Theodor Loos, Paul Otto, Max Maximilian,
 Paul Henckels, Eckehard von Albrecht
 Int.-Film der Biograph-Film G. m. b. H.
REGIE: JAMES SAUER
 Musik: Pasquale Perna
 Täglich 7 & 9 1/2 Sonnab. 4.30, 7 & 9 1/2
**UNTER DEM PROTEKTORAT DER
 LIGA FÜR MENSCHENRECHTE**
**AUF DER BÜHNE:
 SALLET GERARD**
 Vorverkauf 11—2 und ab 5 Uhr
ATRIUM
 KAISERALLEE 128 / 129

**GERMANIA
 PALAST**
 Frankfurter Allee 313-314
 Ab Freitag, 18. bis Montag, 21. Oktober:
 Film:
Der Hund von Baskerville
 Nach dem gleichnamigen Roman von Sherlock Holmes
 Bühnen:
 Die lustige Szene von Helms Gordon:
In Vertiefung
 Mitwirkende: Albert Paulig, Melitta Klever,
 Helms Gordon, Gesa Weig, Max Meinin
 Beginn wochentags 8 Uhr / Sonnabends 8.30 Uhr
 Sonntags 3 Uhr

ZIEHUNG  18. UND 19. DEZEMBER
**Arbeiterwohlfahrt
 Raifwulff-Lohn**
50%
 DOPPELLOSE 1.- RM.
 PORTO UND LISTE 30 Pfg. EXTRA
 148 474 GEWINNE UND 2 PRAMIEN
 IM GESAMTWERTE VON RM.
500000
 HÖCHSTGEWINN AUF EIN DOPPEL-
 LOS IM WERTE VON RM.
700000
 HÖCHSTGEWINN AUF EIN ENZEL-
 LOS IM WERTE VON RM.
350000
 3 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.
250000
 3 HAUPTGEWINNE IM WERTE VON JE RM.
150000
 U. S. W. U. S. W.

Glücksbriefe mit 10 Lose 5 RM., mit 20 Lose 10 RM.
 Sämtliche Gewinne werden auf Wunsch
 mit 90 Prozent ausgezahlt.
LOSE ZU HABEN:
 Beim Bezirksausschuß der Arbeiterwohlfahrt, Linden-
 straße 3, in allen Filialen der Konsum-Genossens-
 chaft Berlin und Umgegend, a. G. m. b. H., sowie in
 allen durch Plakate gekennzeichneten Geschäften



Wissen Sie schon?
 nur **6⁷⁵** kostet

dass dieser
**mittelgrosse
 Filzhut**
 (wie nebenstehende Abb.)
 mit gestepptem Rand,
 sehr kleidsame Form.



dass diese
**elegante
 Filzglocke**
 (wie nebenstehende Abb.)
 mit diesen abgesetzt und
 mit Herbitger Danögarntur,
 nur **8⁵⁰** kostet

HERMANN TITZ

Das Warenhaus Berlins in allen Stadtteilen

Deutsches Theater
 O.L. Norden 12.310
 7 1/2 Uhr
 Dsch. Uraufführ.
**Der Kaiser
 v. Amerika**
 Politische Komödie
 von Bernard Shaw
 Deutsch von
 Siegfried Trebitsch
 Reg.: Max Reinhardt
 Bühnenbildner:
 Ernst Schütte

Direktion
 Dr. Robert Kietz
**Deutsches
 Künstler-Theat**
 Barbarossa 5937
 8 1/2 Uhr
**Die
 andere Seite**

Lessing - Theater
 Norden 10846
**Gruppe junger
 Schauspieler**
 Täglich 8 1/2 Uhr
Cyankall
 216
 von Friedrich Wolf

Theat. am Kolb. Tor
 Kottbuser Str. 6
 Tägl. 8 Uhr
 auch Sonnt.
 nachm. 3 U.
**Elite-
 Sänger**
 Der doppelte
 Alwin! „Ein Welt-
 re ord d. Lach.“

**Planetarium
 am Zoo**
 Herlitz, Juchimskale Str.
 B. 5 Barbarossa 5578
 16 1/2 Uhr Herbst-
 abende am Stern-
 himmel
 18 1/2 Uhr Sie an die
 Grenzen der Welt
 20 1/2 Uhr Ablauf des
 Sternlichtes
 Tägl. außer Montags
 u. Mittw. Erwachs.
 1 Mk., Kinder 50 Pf.
 Mittw. Erwachsene
 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Unserem Gemissen
Martin Thal
 und seiner lieben Frau,
 unsere Anteilhaber in
 Raifwulff, Hermannstraße 40
 zur Silberhochzeit
 die herzlichsten Glückwünsche!
 Die 94. Abteilung

Kammerspiele
 O.L. Norden 12.310
 8 1/2 Uhr
 Der
Duwidestehliche
 Komödie von
 Géraldy und Spitzer
 Regie:
 Gustaf Gründgens

Berliner Theater
 Jönhoffstr. 8 1/2 U.
 Zwei
Krawatten
 von Georg Kaiser
 Musik Spoliansky

Trianon-Th. Merkur
 2201
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Der gr. Lustspieler
**Das kammt doch
 alle Tage vor**
 Johannes Riemann,
 Vilma v. Aknay, Max
 Lenda, Lotte Klinder
 So. 4. Stg. 2 1/2 Uhr
Aschenbrödel
 Sonntag 5 Uhr
Johannisfeuer

Rennen zu Karlsruhorst
 Sonnabend, den 19. Oktober
 nachmittags 1 Uhr,
Großes Hürdenrennen.

**1 Monat lang umsonst
 und portofrei**
 erhält jeder Interessent für Klein-
 tierzucht und Gartenbau die illustr.
 Wochenschrift
Der Kleintier- u. Gartenfreund
 Bezugspreis monatlich nur 80 Pf.
 Außerst günstige Bezugsbeding:
 Frei-inserat, Begräbnisbeihilfe usw.
 Zuschr. an: Verlag „Der Kleintier-
 u. Gartenfreund“ Kodalben (Pfalz)

**Einheitsverband der Eisenbahner
 Deutschlands.**
 Der Kollegenfahrt zur Weidweid,
 das unter langjähriges Mitglied, der
 pensionierte Ehrenbürgerliche
Franz Bartel
 am 16. Oktober verstorben ist.
 Seine letzten Wünsche!
 Die Beerdigung findet am Montag,
 dem 21. Oktober, 15 1/2 Uhr, auf dem
 Friedhof bei Berlin-Friedrichsfelde
 statt.
 Sachliche Beteiligung erbitet
Die Ortsverwaltung.

Die Komödie
 J1 Bismck. 2414/2516
 9 1/2 Uhr
Kolportage
 Komödie
 von Georg Kaiser
 Regie: Erich Engel
 Ab morgen
 tägl. 8 Uhr

Lustspielhaus
 Friedrichstr. 236
 Bergmann 2922
 Täglich 8 1/2 Uhr
Grand Hotel
 Lustspiel von
 Paul Frank

Metropol-Th.
 Täglich 8 1/2 Uhr
 Ledär dirigiert
**Das Land des
 Lächelns**
 Vera Schwarz,
 Richard Tauber

**Verband der Buchbinder
 und Papierverarbeiter
 Ortsverwaltung Berlin.**
Todesanzeige
 Dem Mitgl. der Buchbinder,
 des Buchbinder, die Folgerin
Mariha Gerbrecht
 wohnhaft N. Bergstr. 26, verstorben ist.
 Ihre letzten Wünsche!
 Die Beerdigung findet am Son-
 abend, dem 18. Oktober, 11 1/2 Uhr, auf
 dem Städtischen Friedhof, Gattlich-
 Dunkel-Str. 10, statt.
 Nege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Tüchtige Rohrleger
 für Gas, Wasser und Heizung (nur er-
 fahrene Fachleute) per sofort gesucht.
 Stundenlohn Mk. 1,70. Meldung von Ar-
 beitern anderer Berufe zwecklos. Original-
 zeugnisse sind mitzubringen. Wolfferts &
 Wittmer, Berlin W 8, Mauerstraße 86, 88.

Neuregelung der Arbeitsvermittlung
 Es werden im Reichsgesetzblatt Teil 1, Nr. 88, amtlich veröffentlichte:
**Gesetz zur Aenderung des Gesetzes über
 Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung**
**Bekanntmachung der neuen Fassung
 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und
 Arbeitslosenversicherung**
 Preis der Nummer etwa 90 Pf., einschließlich der Postgebühren.
Reichsverlagsamt F, Berlin NW 40, Schornhorststraße 4

Kleines Theat.
 Merkur 1624
 Täglich 8 1/2 Uhr
Max Adalbert
 als
Nante
 am Flügel
 Rudolf Nelson
 Sonntag 3 1/2 Uhr
 kleine Preise
Trio

Reichshallen-Theater
 Abends 8 Sonntag nachm. 3
 Immer noch:
„Bei de Stettiner“
 taktige Fest-Revue!
 Nachmittags halbe Preise,
 volles Programm!
 Billettkass. Zentr. am 112. 63.
 8 1/2 **„Bühni - Brett“**
 Das große Oktober-Programm!
 Falkner-Orchester - Tanz.

Redakteur gesucht!
 Thüringisches Parteiblatt sucht per
 bald Redakteur. Vorkenntnisse sind auf
 eine Kraft, die bereits in der Redak-
 tion selbstständig tätig war, über
 entsprechende Kenntnisse und Er-
 fahrungen verfügt und über Erfolge
 berichten kann. Der Bewerber ist
 lebenslang beizubehalten, ebenso ist
 eintrüben, wie lange politisch
 und gewerkschaftlich organisiert
 und ob rednerisch befähigt. Be-
 werbungen sind zu senden an den
 Verlagsverlag in Seefeld a. S.

Spezial-Isdnias
 in Berlin, Götting
 und Köln, wenn
 Arzt festgestellt
 ist, in 15 Tagen sind
 schwere Fälle heilbar worden. Unversicherte
 Heilung. Bestätigung und Kurkosten,
 ärztlich empfohlen. Invalidenstr. 100,
 9-11, 1-4. Sonntag 10-12. Incopy.

Vernehmung der drei Stadtbankdirektoren.

Ein Revisor der Stadtbank enthüllte den Schwindel.

Die Vernehmung der drei Stadtbankdirektoren Schmitt, Hoffmann und Schröder durch Oberregierungsrat Dr. Tapolski fördert jetzt allerlei neues Material zutage, das sehr geeignet ist, das Dunkel zu lichten, das bisher noch immer über dem Fall Sklarek liegt. Gleichzeitig verdächtigen sich damit aber auch die Vorwürfe, die gegen den Abteilungsleiter Direktor Schröder erhoben worden sind und die jetzt von Dr. Tapolski mit aller Energie weiter verfolgt werden.

Bei den Vernehmungen Schmitts und Hoffmanns war auch die Frage der Kreditüberwachung unterlucht worden, wobei die Frage entstand, ob die beiden Direktoren — Hoffmann unterstand die Glaskasse — alles getan hätten, um zu verhindern, daß die Sklareks durch ihre Täuschungsmanöver die Stadtbank schädigen könnten. Dabei stellte es sich heraus, daß die

Sklareks ihre Fälschungen bei der Berechnung mit der Stadtbank eigentlich in sehr plumper Weise durchgeführt haben, daß aber merkwürdigerweise der mit den Ermittlungen beauftragte Direktor Schröder in den Sklarekschen Geschäftsbüchern die Täuschung nicht entdeckt hat.

Die Sklareks sandten bekanntlich ihre Rechnungen der Stadtbank ein, wo sie in dem Kreditüberwachungsbureau des Direktors Schröder laufend nummeriert und dann der Glaskasse weitergegeben wurden, wo der Leiter Hoge die Rechnungen im eingeschriebenen Brief an die Bezirksämter zu schicken hatte, um festzustellen, ob die gelieferten Waren mit den Fakturen übereinstimmen. Nachdem jedoch diese Kontrolle plötzlich aufgehört hatte, mußten die Sklareks, um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, der Stadtbank selbst die Summen überweisen, die sie angeblich von den Bezirksämtern zu erhalten hätten. Das taten sie in der Weise, daß sie mit Hilfe der blauen Schecks des Postfachsamtes der Stadtbank Beträge von 30.000 bis 150.000 Mark überwießen, als Ablender aber nicht ihre eigene Firma, sondern das Bezirksamt angaben, auf das die Rechnungen, die bei der Stadtbank lagen, lauteten.

Eines Tages fiel nun einem Revisor in der Stadtbank auf, daß es doch geradezu eine Unmöglichkeit bedeute, daß das Bezirksamt der Stadtbank solche hohen Beträge durch den Postfachverkehr überweise.

Da einmal die Kassen der Bezirksämter gewöhnlich über derartige Summen gar nicht verfügen und da weiter die Bezirksämter ihre Guthaben alle bei der Stadtbank besitzen. Der Revisor machte der Direktion der Stadtbank eine entsprechende Meldung und Direktor Schmitt vermutete, daß hier eine unredliche Handlung entweder beim Bezirksamt oder bei den Sklareks vorgekommen sei. Er beauftragte deshalb Direktor Schröder, die von Amts wegen die Bücher der Kassen ständig zu prüfen hatte, sofort zu den Sklareks zu fahren und dort in die Kassenbücher Einsicht zu nehmen.

Direktor Schröder kam nach einigen Stunden wieder und erzählte, daß der Fall in Ordnung sei.

Sklarek und der Buchhalter Lehmann hätten ihm erklärt, daß bei dieser Ueberweisung im Bezirksamt Prenzlauer Berg ein Versehen vorgekommen sei. Ein Kassenbeamter habe den Auftrag gehabt, der Stadtbank die Zahlungsanweisung für die Kasse zu übermitteln. Artümelich habe er aber den Sklareks den Betrag über das Postfachamt geschickt. Um nun diesen Kassenbeamten seinen Fehler zu berechnen, hätten die Sklareks die Summe von sich aus der Stadtbank geschickt und dabei als Ablender das Bezirksamt Prenzlauer Berg angegeben.

Direktor Schmitt hat daraufhin Max Sklarek kommen lassen, der ihm in der feierlichsten Form versicherte, daß sich die Angelegenheit so und nicht anders verhalten habe.

Oberregierungsrat Tapolski will nun jedoch nachprüfen, wie Direktor Schröder zu der Ansicht gekommen ist, daß die Sklareks ihn nicht belogen haben, sondern auf Grund ihrer Unterlagen in dem Stadtbankdirektor die Meinung erwecken konnten, daß die Angelegenheit sich so verhalten habe. Zu diesem Zweck werden die Kassenbücher der Kasse herangezogen, denn selbstverständlich müssen zum Schein mindestens Eingang und Ausgang dieses Betrages verbucht worden sein. Dagegen ist es rätselhaft, wie die Sklareks dem Direktor Schröder die Unterlagen für diese Buchung, nämlich den Abchnitt des Postfachsamtes vorgelegt haben wollen, auf dem außer der angeblich gezahlten Summe auch der Ablender, nämlich das Bezirksamt vermerkt sein mußte. Oberregierungsrat Tapolski wird zu diesem Thema nicht nur Schröder hören, sondern auch wahrscheinlich den Buchhalter Lehmann und andere Angehörige der Kasse, sowie Beamte des Postfachsamtes, da schon jetzt feststeht, daß das Bezirksamt niemals eine Barzahlung an die Kasse geleistet hat.

Bürgermeister Schneiders Vernehmung.

Die Justizpressestelle teilt mit: „Der Bürgermeister Schneider ist von der Staatsanwaltschaft I nur zu Erörterungen des Vorwurfs der Betrugung vernommen worden. Er soll zugunsten der Sklareks Pflichtwidrigkeiten begangen und dafür Vorteile erhalten haben.“

Bürgermeister Schneider ist am gestrigen Freitag von 10 Uhr morgens bis 6 Uhr abends — mit einer kurzen Pause — durch Staatsanwaltschaftsrat Dr. Weihenberg vernommen worden. Zunächst ist Schneider nach der Höhe seines Vermögens gefragt worden. Die Staatsanwaltschaft hat dem Beschuldigten aufgegeben, bis zum Sonnabend sämtliche Banken zu benennen, bei denen er oder seine Gattin in den letzten Jahren Konten gehabt haben. Die betreffenden Bankinstitute werden aufgefordert, Kontoauszüge einzureichen, über die sich Schneider dann zu äußern haben wird. Weiter ist der Bürgermeister im Verlauf des Verhörs befragt worden, wie er die Sklareks kennengelernt habe, welche Beziehung er von ihnen erhalten und wieviel Anzüge er bei der Kasse gekauft habe. Da Schneider sich im einzelnen nicht zu erinnern vermochte, ist ihm aufgegeben worden, bis zum heutigen Sonnabend die Quittungen beizubringen, die sich in seinem Besitz befinden müssen. Ferner wurde der Bürgermeister darüber befragt, ob er mit der Ausstellung der Rechnungen für das Bezirksamt Mitte oder mit Beträgen zwischen der Stadt und den Sklareks etwas zu tun gehabt, ob und inwieweit er an Grundstück- und Hypothekengeschäften beteiligt gewesen sei. Zu den Auszügen Schneiders werden jetzt zunächst Zeugen gehört, ebenso wie die Sklareks zu der Aussage des Bürgermeisters vernommen werden sollen.

Freidenter, seid gewarnt!

Die Bezirksleitung Groß-Berlin des Verbandes für Freidentertum und Feuerbestattung E. B. teilt folgendes mit:

Nachdem die kommunistische Opposition im Freidenterband die Spaltung beschlossen hat und eine neue Organisation aufzuleben versucht, sei unter folgenden Angaben, unseren Mitgliedern die Mitgliedsbücher abzunehmen. Diesen Wochenheften treten wir jetzt dadurch entgegen, daß unsere Hausstoffer in den Kassierbezirken 5, 6, 7, 8 und 13 (Wedding und Weihensee) eine außerordentliche Kontrolle vornehmen und die Mitgliedsbücher einsammeln. Die Bücher dürfen nur an die Hausstoffer gegen Quittung abgegeben werden, die einen roten Ausweis mit Lichtbild besitzen und die die Unterchriften Siepers oder

Gärtnern tragen. Wer anderen die Bücher aushändigt, läuft Gefahr, alle Rechte an den Verband zu verlieren. In den übrigen Bezirken bitten wir, den Spalttern die Tür zu weihen und nur die Anweisungen der Verbandsleitung zu befolgen. Besucht keine von der Opposition unter unserem Namen einberufenen Mitgliederversammlungen. Sie wollen euch täuschen. Gebt den Kommunisten keine Mitgliedsbücher!

Nicht die Papiere, sondern das Geld.

Versuchter Totschlag eines Stahlhelmsfreundes.

Das Landgericht III verurteilte gestern den ehemaligen Fürsorgejüngling und Landarbeiter Bruno D. wegen versuchten Totschlags an den Landwirt Schulz in Arensdorf zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis. Eine Bewährungsstrafe wurde abgelehnt, dergleichen Haftentlassung.

Das Dorf Arensdorf weckt traurige Erinnerungen an den hinterhältigen Mordfall auf die Reichsbannerleute. Der 23jährige Landarbeiter Bruno D., einst Kaitronmann, war, wie er selber erzählte, zu den Rechten übergegangen, war zwar kein Mitglied des Stahlhelms, aber mit den Stahlhelmen befreundet. Er beschäftigte sich an ihren Ausmärschen und nahm auch einen Revolver mit, den er von einem Stahlhelmer gekauft hatte. Außerdem hatte er noch einen Gummiknüppel. Seit dem 1. Juni war D. in Arensdorf beim Landwirt Schulz beschäftigt. Am 24. Juni meldete er sich krank; er hatte Leibschmerzen. Am Nachmittag gingen sämtliche Hausbewohner aufs Feld, nur der Schwiegervater seines Arbeitgebers Schulz blieb auf dem Gehöft und machte dem Erkrankten heiße Umschläge auf den Leib. Als er zum zweitenmal das Zimmer betrat, stand D. angezogen da, mit vorgestrecktem Revolver in der Hand, und rief dem bestürzten alten Mann zu: Hände hoch! Der Alte meinte: „Du bist wohl verrückt!“ und machte kehrt. In diesem Augenblick traf ihn schon die Kugel, prallte aber an der Rippe ab. Der alte Mann riegelte schnell von außen die Tür ab. Als dann die Leute vom Felde kamen, war D. schon längst entflohen — durch ein Loch in der Zimmerwand und über das Dach. Am nächsten Tag bereits wurde er in Dranienburg erwischt.

Vor Gericht erklärte er, er habe den alten Mann nicht erschließen, sondern ihn nur zwingen wollen, ihm seine Papiere auszuhandigen, da seine Frau, die im selben Dorf beschäftigt war, sich über ihren Arbeitgeber beklagt habe und sie deshalb beide beschloßen hätten, nach Dranienburg zu fahren; er habe gefürchtet, man würde ihm seine Papiere nicht ausuhandigen. Der alte Mann meinte aber, der Angeklagte dürfte es wohl auf die 400 Mark abgesehen haben, die gerade an diesem Tage von der Bank abgehoben worden waren.

Die Anklage lautete auf versuchten Mord. Das Gericht erkannte auf versuchten Totschlag und versagte dem Angeklagten auch mildernde Umstände. Sein Vater, Arbeiter in Dranienburg, hatte 13 Kinder. Der Bruno kam im Alter von 10 Jahren in Fürsorgeerziehung, weil er seine Eltern bestahl und in der Schule saul war. Aus der Fürsorgeanstalt wie auch später aus der Provinzialirrenanstalt Potsdam lief er immer wieder davon. Er galt als schwererer Psychopath; als solcher bezeichnete ihn auch der Sachverständige.

Wieder einmal ein charakteristischer Fall: der Psychopath neigt zum äußersten Radikalismus, sowohl nach links wie nach rechts.

Nächtliche Einbrüche in einer Großsiedlung.

Bereits seit Wochen werden die Bewohner der Gehag-Großsiedlung im Fischgraben in Zehlendorf durch nächtliche Einbrüche und Diebstehlen aufs schwerste beunruhigt. Da nun in dieser Großsiedlung nur Kleinverdiener wohnen, finden die Einbrüche zwar nicht viel: Fahrräder, Gartengeräte, Wäsche usw., aber auch diese Verluste sind für die davon Betroffenen sehr unangenehm. Es ist dringend nötig, daß die Polizei für wirksamen nächtlichen Schutz sorgt.

Johann Komároni:
Ahe, Kosaken!
Aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch
Copyright by Büchergilde Gutenberg, Berlin.

Josef Paczal stand vor der Hütte, jedoch er trällerte nicht mehr. Er sah nur dem Sturm ins Gesicht, der den Regen gegen seine Backenknochen schlug. „Ich sprach ihn an: „Sie lieben es nicht, zu fischen, Onkel Josef?“ „Ich möchte schon, mein Sohn“, durch die unerwartete Frage zuckte er auf, „aber es geht mir nicht von der Hand. Wozu auch? Die Fische haben recht und ich: Nur die Narren arbeiten. Denn es ist so, mein Kind, daß mit der Arbeit nur Unannehmlichkeiten und Sorgen verbrüderet sind und man trotzdem arm bleibt. Ich bin auch so arm, aber ich liebe meinen Passionen.“ Er sann vor sich hin: „s war ein Esel, der die Arbeit erfinden hat. Die Grafen machen das geschickt, sie arbeiten nicht. Ich auch nicht. Nur bin ich ein größerer Herr als alle Grafen und Barone zusammengenommen, denn sie zahlen Steuern, daß ihnen das Juden in die Sohlen käme! Wer aber treibt bei mir Steuern ein?“ — und er begann leise zu grinsen. „Ich bin ein Freiburche, Freundschen!“ „Sie lieben die Grafen nicht, Onkel Josef?“ „Den Teufel, sie sind mir ganz egal! Sie gehen nach rechts, ich nach links. Nur das eine hätte ich an ihnen auszuweisen, daß sie nun sogar die Flüsse uns Armen nehmen wollen. Das ist freilich eine Unverschämtheit!“ „Ummählich wurde er zornig. Er rief durcheinander: „Du mußt nämlich wissen, daß auch sie fischen gehen, wenn es ihnen sehr langweilig wird. Aber sie schießen mit Gewehren ins Wasser oder brennen Patronen ab, und davon krepieren die Karpfen! Das ist natürlich nur eine herrschaftliche Flaniererei, denn das Netz müßte ja gezogen werden, und dazu muß man die Beine gut vorstemmen. Das mögen sie natürlich nicht, weil sie Laagediebe sind.“ „Aber Sie arbeiten doch auch nicht, Onkel Josef!“ warf ich ein wenig dumm dazwischen. „Nun, das ist wahr“, und er sicherte wieder leise. „Dennoch sind die Grafen und Barone große Hunde, daß sie doch

vom Iltis gebissen würden! Warte nur, da wird es noch ein großes Theater geben, wenn sie sich viel mit den Kosaken herumspielen werden! Denn wisse, mein Freund“, und er warf sich in die Brust, „das Recht ist immer aufseiten der Kosaken.“ Er sprach nicht mehr. Er stand weiter dort im Regen und ich sah die Spuren von Sorgen in seinem verhungerten Gesicht. Ich hatte das Gefühl, daß Josef Paczal in seiner Brust große Pläne wälzte, aber vorläufig sehr acht hatte, sich nicht zu verraten. Ich sagte: „Mein Großvater ist sehr böse auf den Verwalter Brugos.“ „Weil er recht hat. Wir werden Brugos schon in den Hintern treten, wenn er hier viel angibt. Denn wenn ich einmal etwas sage, das stimmt immer! Es wird also gut für ihn sein, weniger den Schnabel zu wehen.“ „Onkel Josef, Sie sind ein sehr geheimer Mensch, nicht wahr?“ Josef Paczal sah mich aus den Augenwinkeln an und ein schlaues, kleines Lächeln zuckte um seine Mundwinkel: „Das will ich meinen!“ Von da ab sagte er nichts. Er summt irgendein komisches Lied, während sich ihm sein nasses Haar ins Gesicht klebte und das Wasser von seinem Kinn herabfloß. Jetzt aber begann sich das Wetter zu klären. Die Wolken zerflatterten unerwartet, die Nebel flogen auf und die weiten Sümpfe der Redoc standen klar und scharf vor uns. Von weitem, aus großer Ferne, glänzten metallisch leuchtend die Berge herüber, nur an ihren Klippen schleppten sich noch träge Wolken vorbei. Nur der Wind tönte noch im Köhrcht. Die Kosaken näherten sich langsam dem Ufer. Josef Paczal stand gleichmütig pfeifend unter der Wehr. Und da tauchte aus der Richtung der großen Ebene non Respekt der Oberfokal auf. Erst erschien er uns so klein wie eine Wespe, aber diese Wespe wuchs mit Windeseile an, während sich der Oberfokal uns mit ungewohnter Schnelligkeit paloppernd näherte. Sein nicht ganz bis an die Knie reichender Rod hatte sich geöffnet und knatterte im selbst erzeugten Wind, der Wiesenrand erzitterte dumpf, denn er war schon nahe und wuchs immer mehr an und zog schließlich einen großen Bogen um das Köhrcht, während das Pferd langgestreckt unter ihm dahinschritt. Jetzt erreichte er die Tiefe der Wehr, sprang ab, band das Pferd an einen morschen Baumstumpf und kam auf uns zu. Er hatte eine Vammfellmütze auf dem Kopfe, die bis zu den Augen herabgestülpt war. Er mochte von starker Erregung ergriffen sein, denn sein Gesicht

war rot und die Haut spannte sich über seine Backenknochen. Er spuckte und trällerte in einem fort. Josef Paczal regte sich. Der Alte rief ihm aufgebracht zu: „Ich suche dich seit Tagen! Wo treibst du dich denn schon wieder herum?“ „Ich habe mich ein wenig in der Welt umgesehen“, antwortete Josef Paczal gleichmütig. Der Oberfokal stand bereits vor der Hütte, dem Landstreicher gegenüber. Er schnaubte einmal kräftig: „Ich hab etwas mit dir zu bereden. Brugos, dieses Schwein, will uns aus unserer Pacht verjagen. Nun, er solls versuchen!“ Josef Paczal wollte ihn beruhigen: „Seien Sie nur ohne Sorge, Gevatter Michael. Mit Brugos werden wir paar Leute schon noch fertig werden. Aber wir müssen zusammenhalten, sonst haben wir keine Kraft.“ Durch diese gereifte Rede Josef Paczals wurde selbst der Oberfokal etwas nachgedrückt. Lang stand er Aug in Auge mit dem Barfüßler. Seine Augenlider zuckten. Dann sagte er gebändig, mit erstörter Stimme zu ihm: „Wenn er uns angreift und nicht nachgibt, wirst du deinen ganzen Besitz anzünden. Verstanden?“ „Wie denken Sie sich das, Gevatter Michael?“ fragte er. „Nun so, daß du zuerst den Speicher anzündest.“ „Und wenn die Gendarmen kommen?“ Der Oberfokal winkte, daß die Gendarmen nichts erfahren würden. Er fuhr flüsternd fort: „Wir ziehen dich aus der Linie. Wir werden den Gendarmen beteuern, daß du zu jener Zeit bei uns warst. Verstanden?“ „Ich verstehe, Gevatter Michael“, überlegte Josef Paczal, „wenn sie es aber nicht glauben werden?! Beim Vilatus, dann sehe ich gut aus! Die bearbeiten mich dann wieder mit ihren Stiefeln, so, daß aus allen meinen Unterteilen das Blut nur so spritzen wird.“ Den Oberfokalen übermannte der Zorn: „Halt dein Maul, wenn du mir noch viel erzählst! Erstens werden wir dir ein paar neue Stiefel kaufen.“ Josef Paczal beugte seine schaftlosen Stiefel: „Das wäre nicht so ohne.“ „Außerdem kaufen wir dir eine Hofe und auch zwei Gathehosen sollst du bekommen“, fuhr der Oberfokal fort, „denn das haben wir schon untereinander ausgemacht. Nun, sind wir einig?“ Josef Paczal begann sich den Kopf zu kratzen: „Das wäre ja alles schön, aber wenn mich die Gendarmen...“ (Fortsetzung folgt.)

Die Kronen werden entfernt.

Es war unliebsam empfunden worden, daß in dem großen Schwurgerichtssaal des Kriminalgerichts noch folgender Spruch sich befand: „Jeder Richter sitzt an Kaisers Statt“. Dieser Spruch war über dem Podium, auf dem das Gericht sitzt, zu lesen. Außerdem befanden sich noch in dem neuen Gebäudeteil Nachbildungen der früheren preussischen Königskrone. Die Republikanische Beschwerdestelle wurde deshalb am 7. Februar bei dem Kammergerichtspräsidenten Tigges vorstellig und erhielt unter dem 2. Oktober folgenden Bescheid:

„Die Nachprüfung der Hinweise auf die frühere Staatsform im alten und neuen Kriminalgerichtsgebäude hat zu dem Ergebnis geführt, daß die in der Mittelhalle des neuen Strafgerichtsgebäudes auf der rechten und linken Steinbrüstung des dritten Stockwerks befindlichen Kronen einschließlich der darunter liegenden Steinflisen entfernt werden. Die Befestigung des von Ihnen erwähnten Sinnspruches wird bei Gelegenheit einer Erneuerung der Wandflächen des großen Schwurgerichtssaales erfolgen, geg. Tigges.“

Herr Präsident Tigges möge uns nicht für unbescheiden halten, wenn wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Angelegenheit zur Erneuerung nicht mehr so lange auf sich warten läßt wie seine Antwort auf die Eingabe der Beschwerdestelle. Wir sind weiter auch gar nicht so unbescheiden, die Erneuerung der ganzen Wandflächen zu beanspruchen. Es würde schon genügen, wenn das Spruchband überpinselt und mit einer neuen Inschrift versehen würde, etwa mit dieser: Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.

In der Morgenausgabe vom 19. September hatte der „Vorwärts“ davon berichtet, daß trotz der gründlichen Renovierung des Bahnhofes in Erkner die Reichsbahnverwaltung dabei sei, die alte, beinahe ein Meter hohe Königskrone neu aufarbeiten zu lassen. Auf Grund dieses Laibstandes wurde die Republikanische Beschwerdestelle Berlin bei dem Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin vorstellig und erhielt folgenden Bescheid: „Die Krone im Eiseletrale des Empfangsgebäudes Erkner ist entfernt worden, geg. Fehling.“ Die Reichsbahn hat mit erfreulicher Schnelligkeit gearbeitet.

Gastragödie in der Fruchtstraße.

Doppelselbstmord oder Unglücksfall?

Gestern in später Nachmittagsstunde wurden der 87jährige Renteneinpfänger Rudolf Gunner und seine 49jährige Tochter in ihrer Wohnung in der Fruchtstraße 58 durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Hausbewohner nahmen gegen 18 Uhr auf dem Treppenhof starken Gasergeruch wahr, der, wie bald ermittelt wurde, aus der Wohnung Gunners drang. Als auf Klopfen niemand öffnete, alarmierte man die Polizei und die Feuerwehr. Dem eintretenden Beamten bot sich ein erschütterndes Bild. In dem gaserfüllten Schlafzimmer lagen der greise Gunner und seine Tochter leblos in ihren Betten. Wiederbelebungsversuche der hinzugerufenen Feuerwehr blieben ohne Erfolg. Neben ihnen lagen zwei Kagen gleichfalls tot. Eine dritte Kage saß an der Wohnungstür und schrie jämmerlich.

Bezirk Wedding rüstet zum 17. November.

Stadttrat Genosse Frank berichtete in der Mitgliederversammlung des Bezirks Wedding über seine Arbeit in der Wohlfahrtspflege. Der Referent stellte zu Beginn seiner Ausführungen die heutige Wohlfahrtspflege der früheren Armenunterstützung gegenüber. Früher sah der Staat seine einzige Aufgabe darin, verarmten Leuten einen Bettelpfennig hinzuworfen. Dafür entzog er jedem Unterstützten sofort das Wahlrecht, Krieg und Infation haben größere Aufgaben gebracht. Es handelte sich nicht mehr um Hilfe im Einzelfallen, ganze Volksschichten waren verarmt. Im neuen Staat wird trotz großer finanzieller Not umfassende Hilfe gewährt. Gemeinsam mit den großen Verbänden, wie der Arbeiterwohlfahrt, wurde von den Behörden eine fast unendliche Arbeit bewerkstelligt.

Wie unendlich groß die Not und wie durchgreifend die Hilfe des Bezirksamts Wedding war, zeigen die Ziffern. Im Jahre 1923 wurden etwa 8 Millionen Mark und im Jahre 1928 über 14 Millionen Mark für die Wohlfahrtspflege ausgegeben. 28000 Personen wurden laufend unterstützt. Außerdem wurden noch Weihnachtshilfen und Kohlen ausgegeben. In dem strengen Winter 1929 wurden allein 551000 Zentner Kohlen, das sind 919 Tonnage zu je 30 Tonnen, verteilt. 38830 Personen wurden zu Weihnachten mit einer Geldunterstützung bedacht. Das Wohlfahrtsamt Wedding — verwaltet von einem Sozialdemokraten — hat in höchster Not den armeren Volksschichten beigestanden. Gerade in diesem Bezirk hat die Sozialdemokratie musterhafte Arbeit geleistet. Jetzt ist es die Aufgabe jedes Parteigenossen, diese Tatsachen auszuwerten. Für den Ausgang der Kommunalwahlen wird diese Aufklärungsarbeit entscheidend sein.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird am nächsten Sonntag, vormittags 9 Uhr, unter Führung von Dr. Edener in Friedrichshagen aufsteigen und eine Fahrt durch Württemberg machen. Nach Beendigung dieser Fahrt wird das Luftschiff eine 10tägige Fahrt nach Spanien ausführen.

Der „Vorwärts“ ist das Blatt der Kopf- und Handarbeiter! Abonniert den „Vorwärts“!

Ich abonniere den „Vorwärts“ (und die Abendausgabe für Berlin „Der Abend“) mit den illustrierten Beilagen „Volk und Zeit“ und „Kinderfreund“, sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Technik“, „Blick in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“ in Groß-Berlin täglich frei ins Haus.

(Monatlich 3,60 RM., wöchentlich 85 Pf.)

Name: _____

Wohnung: _____

Straße Nr. _____

born _____ Hof — Quergeb. — Seitenst. — Tr. links — rechts

bei _____

Ausfüllen und einreichen an den Verlag des „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.



Nach Friedrichsfelde und Marzahn.

Friedrichsfelde ist Endstation der Linie 69, die von Friednau her kommt, Berlin also von Westen nach Osten durchquert. Eine zweite Linie — die 70 — verbindet den Mittelpunkt Berlins, Behrenstraße, mit dem Ort und geht weiter nach Johannishof; an Gelegenheiten, diesen Teil Berlins zu erreichen, fehlt es somit nicht. Der Schlosspark von Friedrichsfelde — seit dem Ausgang der Freiheitskriege Privatbesitz, aber dem Publikum geöffnet — lohnt eine solche Fahrt. Städtische Eichenbäume und andere Baumriesen geben willkommenen Schatten, und Liebhaber historischer Erinnerungen können sich in die Zeit versetzen, da Prinz Louis Ferdinand hier das Licht der Welt erblickte oder König Friedrich August von Sachsen unter diesen Bäumen als „Gefangener“ promenierte, mit diesem „Martyrium“ seine, durch das Blut vieler braven Sachsen besiegelte Treue zu Napoleon abbühend. — Wenige Schritte die Schloßterrasse zurückgehend, stoßen wir auf den dort haltenden Autobus 37, der uns mit demselben Fahrplan nach Marzahn führt. Ein ländliches Idyll, das an einer Stelle an

Amerikas koloniale Tage erinnert. Rechts und links Feld, auf dem in der Ferne gepflügt wurde und Kartoffelreifer brannten. Der bekannte Eisenpfahl „Haltestelle“ gebietet dem Befährten Halt — eine Frau steigt aus, mit dem in Berlin gefüllten Tragnetz querfeldein ihrem einsamen Hause zustrebend. Die meiste Zeit hindurch jedoch begleiten uns zur Linken die Eindrücke fleißiger Rentner, die dem nicht üblen Boden Gemüse und Blumen abgewinnen. Große Flächen von Porree senden heißen Duft zur Straße hin — der Bauer ist zum Gemüsebau übergegangen: zeitgemäße moderne Einstellung! Eine Windmühle ist zu sehen, aber sie ist a. D. Von der einzigen noch klappernden Mühle im nahen Hohenschönhausen haben wir seitherzeit gesprochen. Im Dorfe Marzahn selbst fällt die städtische Schule angenehm auf; sie ist vor dem Kriege erbaut, aber die Umwandlung der Spiel- und Turnfläche zum grünen Plan stammt aus neuerer Zeit. Einen schönen Abschluß findet der Ausflug ins Ländliche durch Weiterwanderung nach Hohenschönhausen, das durch Wald und Wasser verschönt ist. Oder man benützt den Autobus wieder zur Rückfahrt und geht mit der 70 — wie schon eingangs bemerkt — auf das linke Spreckufer über.

„Beide in den Tod“.

Ein Vater wirft sein Kind in die Elbe.

Harburg-Wilhelmsburg, 18. Oktober.

Eine Verzweiflungstat verübte der Fabrikarbeiter Wilhelm Thielmann. Er holte seinen sieben Jahre alten Sohn Erich aus der Schule ab und fuhr mit ihm nach Hamburg, wo Autofahrten unternommen wurden. Der Rückweg wurde zu Fuß zurückgelegt. Auf der Harburger Elbbrücke warf der Vater den Jungen über das Geländer ins Wasser. Da das Wasser jedoch flach war, gelang es dem Knaben, sich herauszuarbeiten und sich zu retten. In der Kleidung des Knaben wurde ein Zettel mit der Aufschrift „Beide in den Tod“ gefunden. Der Vater ist bisher nicht ermittelt worden. Es wird angenommen, daß er sich später in die Elbe gestürzt hat und ertrunken ist. Er hat offenbar zusammen mit seinem Sohn aus dem Leben scheiden wollen.

Alkohol und Volksnot.

Der Zentralverband deutscher Enthaltensamteitsvereinigungen konnte dieser Tage auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Seine aus diesem Anlaß veranstaltete Tagung in Berlin stand unter dem Leitwort „Alkohol und Volksnot“. Auf dem Begrüßungsabend gab Genosse Prof. Dr. Strecker, der Vorsitzende des Zentralverbandes, eine ausführliche Uebersicht über den in den letzten Jahren geführten Kampf um sinnvolle Befestigung einer Gesetzgebung zum Schutze vor den Alkoholgefahren. Er zeigte dann die Anforderungen, die die Entwicklung der modernen Technik und Industrie an jeden einzelnen Menschen stellt und die von jedem Höchstleistungen verlangt. Höchstleistungen aber können nur von nüchternen, klar denkenden Menschen erzielt werden, die ihre Willens- und Entschlußkraft nicht durch Kartoffeln gelähmt haben. Prof. Dr. Abderhalden-Halle, der bekannte Mediziner und Chirur, sprach über das Recht und die Pflicht zur körperlichen und seelischen Gesunderhaltung. Auf Grund seiner Erfahrungen, die er bei einer längeren Amerikareise gesammelt hat, kam Abderhalden zu dem Schluß, daß mit Verbotsgesetzen im deutschen Volke gegenwärtig keine wirksame Bekämpfung des Alkoholismus möglich sei. Es kommt darauf an, den erzieherischen Einfluß geltend zu machen und besonders dafür zu sorgen, daß eine Industrie geschaffen werde, die geeignete Erishgetränke herstelle und sie so wie in Amerika zu ertäglichen Preisen auf den Markt bringe. Die Arbeit, die von den Alkoholgegnerorganisationen auf dem Gebiete der Trinkerrettung geleistet werde, sei äußerst wichtig und müsse noch weiter ausgebaut werden. Es muß verlangt werden, daß der Staat für die Arbeit in der Trinkerfürsorge genügend Mittel bereitstelle, denn es geht nicht an, daß die Organisationen, die die Arbeit der Trinkerrettung leisten, auch noch die Mittel dazu aufbringen. Der Wirtschaftspolitiker Genosse Dr. Weber-Köln behandelte die Alkoholenthaltenheit als Glied einer modernen Konsumreform. Er schilderte die Zusammenhänge zwischen Alkoholismus und Volkswirtschaft und wies in diesem Zusammenhang die stark demagogisch wirkende Behauptung zurück, daß mit den Ausgaben für alkoholische Getränke ein großer Teil der Reparationsobligationen bezahlt werden könnten. Zweifelslos würde aber durch starke Einschränkung des Alkoholismus auch die Finanzgebarung des Reiches und der Kommunen eine Umgestaltung erfahren, denn mit dem Sinken des Alkoholkonsums sinken selbstverständlich auch die Ausgaben, die zur Reparierung der Alkoholschäden aufgewendet werden müssen, und diese Summen würden den Wohlstand des Reiches und der Kommunen wesentlich heben. Die Konsumgenossenschaften haben in dem Kampf gegen den Alkoholismus kaum eingegriffen. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, für die Bedarfsbefriedigung ihrer Mitglieder zu sorgen, ohne auf die Bedarfsziehung Einfluß zu nehmen. — Die Tagung schloß mit einer gutbesuchten Rundgebung, in der Redner der verschiedensten Richtungen sprachen.

Zur Bädagogik der Pferde.

Der Inspektor Hans Frank vom Verein „Pferdewohl“ in Dresden legt seine reichen Erfahrungen daran, die Untugenden der Pferde zu korrigieren. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß in fast ausnahmslos allen Fällen die Börsartigkeit der Pferde durch schlechte Behandlung verursacht ist. Ist das Pferd erst einmal mit Untugenden behaftet, wird es für sich und seine Umwelt zur Gefahr. Da heißt es nun, nach den Ursachen der Unart zu forschen und dem verdochnen Tier mit Liebe, Güte und Vernunft zu begegnen. Hans Frank ist durch praktische Vorträge in vielen Städten bekannt, nun hat er seine Methoden in einem sehr lehrreichen Film zusammengefaßt. Hier sieht man an Gegenüberstellungen, wie es gemacht werden muß und wie es nicht gemacht werden darf. Wie soll man ein Pferd durch Schmerz (Rasendremse, Ohrendremse, Fange und Reifband) für die Schmieche willig machen wollen. Man verdirbt das Tier nur noch mehr. Man muß es schmerzlos abhaken, man muß es ihm beibringen, daß ihm in der Schmieche kein Leid geschieht. Ebenso muß man mit Vernunft und nicht mit Gewalt schwierige Pferde im Wagen verbessern. Keinem Menschen und keinem Tier ist damit genügt, wenn sich ein widerwilliges Pferd den Halswirbel oder den Untersiefer bricht, sich die Zunge oder ein Ohr abreißt. Ein solches Unheil wird gegebenenfalls allein schon durch einen richtig gebundenen Strick verhütet. Gleichzeitig wurde auf die Fortschritte in der Pferdepflege hingewiesen. Kann man doch heute bereits den Staublauger, versehen mit einer dementsprechenden Räumvorrichtung, beim Pferdeputzen benutzen. Der Film lief erstmalig in den Kammertheaterräumen vor einem geladenen, sehr stark interessierten Publikum.

Das Los der Arbeiter.

Berschütet — erschlagen — ertrunken.

Auf der Zeche Lothringen bei Bochum wurden die Bergleute Frihe und Karbinski auf dem Wege zum Schacht von hereinströmenden Gesteinsmassen verschüttet. Erst nach längerer Arbeit gelang es, die beiden Verschütteten zu bergen; sie hatten aber so schwere Verletzungen erlitten, daß sie bald darauf starben. Auf derselben Schachtanlage verunglückte der Bergmann Joswig dadurch, daß er bei der Bedienung des Stapelfordes in den Stapelschacht stürzte, wobei er den Tod fand.

Wie aus Lodz gemeldet wird, ereignete sich dort bei Kanallationsarbeiten ein schweres Unglück. In einem 11 Meter tiefen Stollen stürzte das Gerüst ein, und die nachrückenden Erdmassen begruben sechs Arbeiter unter sich. Die Feuerwehr barg die Verschütteten, die alle schwere Verletzungen davongetragen haben.

Ein großer Baggertahn, der sich im Schlepptau eines kleinen Dampfers befand, ist bei Bardoe in Norwegen während eines schweren Sturmes gesunken. Von der Besatzung konnte nur einer gerettet werden, sieben Mann sind ertrunken.

Selbstmord eines Bankdirektors.

Infolge Herzenerkrankung hat sich der Direktor und Vorstand der Bayerischen Bauvereinsbank München, Walter Schoch, erschossen. Nach den bisherigen Prüfungen hat sich Direktor Schoch in keiner Weise irgendwelche Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen.

Budower Kleinbahn elektrisch.

Der im Sommer begonnene Umbau der Budower Kleinbahn, die Normalspur erhält und elektrisch betrieben werden soll, schreitet rüstig vorwärts. Die Kleinbahn erhält einen gänzlich neuen Bahnhöfper parallel der alten. Auf dem Reichsbahnhof Dohmsdorf-Wülfelsberg wird für die Kleinbahn ein neuer Bahnsteig errichtet werden, da der bisherige dem stark gemachten Verkehr längst nicht mehr gewachsen ist. Für den Verkehr sind vorerst drei Triebwagen und drei Anhänger vorgesehen, die ähnlich wie die modernen Stadtbahnwagen eingerichtet sind. Nach dem Umbau wird die Budower Kleinbahn den außerordentlich starken Wochenendverkehr besser bedienen können als die bisherige Schmalspurbahn. Für später wird eine Einrichtung von Pendelzügen, die von Strausberg nach Budow durchgehen, beabsichtigt.

Ein neuer Kreuzer „Ceipig“ ist in Wilhelmshaven vom Stapel gelassen. Reichswehrminister Groener hielt eine Ansprache, in der er u. a. sagte: Ein solches Schiff kostet natürlich Geld. Und es ist in unserer Notzeit nicht immer leicht, die Mittel zu beschaffen. Der Dank dafür gebührt vor allen Dingen den geachteten Körperkassen, den hier bei dieser Gelegenheit abzustatten mir aufrichtiges Bedürfnis ist. Die Wehrmacht steht, wie alles andere, das im öffentlichen Leben eine Bedeutung hat, in einem Kampf der Geister, und dieser Kampf der Geister muß eben von uns durchgekämpft werden. Wir werden diesen Kampf mit besseren Aussichten durchkämpfen, wenn auch wir von der Wehrmacht uns bemühen, den weiten Kreisen des deutschen Volkes möglichst näherzutreten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Keddr. nach.). Berlin, bei wenig geänderten Temperaturen, überwiegend Winde. — Im Deutschland: Im Nordwesten regnerisch, sonst meistig bis heiter, wenig Temperaturänderung.

Guten Morgen,
Frau Schmeddfein!

Na — haben Sie denn um
„die gutbürgerliche Mischung“
produziert?

$\frac{1}{3}$ Bohnenkaffee
mit $\frac{2}{3}$ Kathreiner
selbst mischen —

Das schmedt fein!

Die werdende Reparationsbank.

Die bisherigen Ergebnisse der Verhandlungen in Baden-Baden.

Ein wesentlicher Bestandteil des Young-Planes ist die Gründung einer internationalen Reparationsbank, die den Namen „Bank für internationale Zahlungen“ erhalten soll. Gegenwärtig tagen in Baden-Baden noch die Leiter der Zentralnotenbanken, um die Organisation und die Statuten der neuen Weltbank festzulegen.

Die Bank für internationale Zahlungen soll nach dem Young-Plan mit einem Kapital von 100 Mill. Dollar gegründet werden, von denen zunächst 25 Proz. einzuzahlen sind. In Baden-Baden sind die Vertreter der sieben Zentralnotenbanken übereingekommen, die Garantie auf die Zeichnung der 100 Mill. Dollar gemeinsam zu übernehmen. Gleichfalls soll ein Aktienverkauf an andere Länder nur gemeinsam erfolgen, damit alle sieben Zentralnotenbanken der beteiligten Länder stets ihren bestimmten Anteil an der Kontrolle der Aktien behalten.

Der Aufbau des Verwaltungsrats der Reparationsbank soll nach folgenden Grundzügen durchgeführt werden: Eine erste Gruppe besteht aus den Gouverneuren der beteiligten sieben Notenbanken mit Ausnahme der Amerikaner, die eine direkte Beteiligung abgelehnt haben. Die zweite Gruppe wird aus je einem von den Gouverneuren gewählten Landesvertreter gebildet, die sich aus Männern der Finanzen, der Industrie und des Handels zusammensetzen und ständige Vertreter der Gouverneure darstellen. Hierzu gehören auch die beiden von dem deutschen und französischen Notenbankpräsidenten gesondert zu ernennenden Wirtschaftsvertreter, die zu dieser Gruppe noch hinzutreten. Ferner soll eine dritte Gruppe aus den Vertretern derjenigen Länder gebildet werden, deren Zentralbank eine Mitwirkung abgelehnt hat. Für diese Gruppe kommen also zunächst zwei Amerikaner in Frage. Dann ist noch an eine vierte Gruppe gedacht, für die neun Vertreter von den an der Reparationsbank beteiligten Ländern nach dem Vorschlag der Notenbanken gewählt werden.

Von Bedeutung ist, daß die sechs Gouverneure der Reparationsbank bzw. ihre ständigen Vertreter dauernde Mitglieder des Verwaltungsrats sein sollen. Um die internationale Mitarbeit an der Bank lebendiger zu gestalten, hat man beschloffen, für die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats einen dreijährigen Turnus einzuführen. Man hat beschloffen, daß die Mitglieder des Verwaltungsrats nicht unbedingt in Europa leben müssen, sondern es genügt, wenn sie an den Hauptstädten teilnehmen. Die Zusammenkünfte des Verwaltungsrats sollen nicht auf den Sitz der Bank beschränkt bleiben.

Der Verwaltungsrat soll aber in der Reparationsbank grundsätzlich nicht auf die Stellung eines nur zeitweise tätigen Ausschusses herabgedrückt werden, sondern man hat in Baden-Baden dem Verwaltungsrat durch die besonders ausgeprägten Rechte seines Präsidenten volle Machtbefugnis erteilt. Von dem Präsidenten des Verwaltungsrats wird die wirtschaftspolitische Linie der Bank festgelegt. Demgegenüber wird der vom Verwaltungsrat ernannte Generaldirektor der Bank nur der betriebstechnische Leiter des Bankapparates sein. Man kann damit rechnen, daß für den außerordentlich verantwortungsvollen Posten eines Verwaltungsratspräsidenten ein Amerikaner bestimmt wird.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist die künftige Stellung der Reparationsbank zu den übrigen Notenbanken der sieben beteiligten Länder (Deutschland, Frankreich, England, Belgien, Italien, Japan, Vereinigte Staaten). Der Organisationsausschuß in Baden-Baden hat festgelegt, daß die Bank für internationale Zahlungen ihre Aufgabe keineswegs im Wettbewerb gegen einzelne nationale Zentralbanken oder große Privatbanken sieht; eine Konkurrenz gegenüber den bestehenden Kreditinstituten soll nach Möglichkeit vermieden werden. Eine Notenausgabe kommt für die Reparationsbank nicht in Frage. Ferner wird die Bank als Geldkäufer auf dem Weltmarkt nicht in Erscheinung treten, sondern sie wird vielmehr regulierend auf den internationalen Geldstrom einwirken.

Die Jugenberg-Behauptung, daß die Internationale Bank eine Diktatur aufrichten wird, unter die sich auch die deutsche Gelehrung zu beugen hat, ist Unfug. Zunächst ist von Kontrollrechten der Reparationsbank überhaupt nicht die Rede, sondern besitzt jede einzelne Zentralnotenbank, für Deutschland die Deutsche Reichsbank, ein Vetorecht gegen alle Maßnahmen der Internationalen Bank, die in das Arbeits- und Währungsgebiet der betreffenden Zentralnotenbank übergreifen. Auch ist das Stimmverhältnis im Verwaltungsrat nicht so ungünstig für Deutschland, wie es nach der Zusammenziehung dieser Organisation den Anschein hat. Natürlich befinden sich die deutschen Vertreter gegenüber den Gläubigerländern in einer Minderheit, jedoch ist für eine größere Zahl besonders bedeutungsvoller Beschlüsse im Statut eine qualifizierte Mehrheit festgesetzt, so daß neben dem Vetorecht der Reichsbank gegenüber Beschlüssen der Reparationsbank auch im Verwaltungsrat noch ein gewisser Schutz vor Ueberforderungen liegt.

Die Verhandlungen in Baden-Baden dauern noch fort.

Die Kreuger-Verhandlungen.

Fortsetzung nächste Woche.

Die Anleiheverhandlungen der Reichsregierung mit der Kreuger-Gruppe werden in der nächsten Woche fortgesetzt. Inzwischen hat die bürgerliche Presse eine ganze Reihe von Einzelheiten gemeldet, die entweder ganz falsch oder teilweise falsch sind. Bei so schwierigen Verhandlungen ist es selbstverständlich, daß die Öffentlichkeit erst in vollem Maße unterrichtet werden kann, wenn ein gewisser Abschluß erreicht ist. Ein anderes Verhalten macht erfolgreiche Verhandlungen von vornherein unmöglich.

Nach unserer Kenntnis besteht gegenwärtig zwischen der Auffassung der Reichsregierung und dem Schwedenkongern in einer ganzen Reihe von wichtigen Fragen ein erheblicher Gegensatz. Das ist ganz natürlich. Die Reichsregierung geht von der Absicht aus, die lanterungsbedürftige deutsche Zündholzindustrie in Ordnung zu bringen, ohne dadurch die deutschen Verbraucher unberechtigt zu belasten und den Interessenten unberechtigt Gewinne zu verschaffen. Sie will weiter erreichen, daß die als Gegenleistung für die Sanierung der Zündholzindustrie zu gemäßer Anleihe zu Bedingungen abgeschlossen wird, die nicht nur eine Verbesserung gegenüber den jetzigen Bedingungen des Reiches bei kurzfristigen Krediten darstellt, sondern auch geeignet sind, die deutschen Kreditverhältnisse für die Zukunft günstiger zu gestalten. Die geplante Neuordnung ist in keiner Weise die bisherige unabhängige Stellung der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine auf dem Gebiete der Zündholzproduktion an. Es ist vielmehr anzunehmen, daß nach der Verständigung, die zwischen der Reichsregierung und der Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bereits erfolgt ist, während der Dauer des Zündholzmonopols Sicherheit für die Befriedigung des wachsenden Bedarfs der Konsumgenossenschaftlichen Verbraucher durch die Ausdehnung der Eigenproduktion der G. & C. gegeben ist.

Fusion im Preußen-Elektrotrust.

Im Macht- und Einflußgebiet der Preussischen Elektrizitäts-L. G., des Elektrotrusts des preussischen Staates, ist ein wichtiger Zusammenschluß durchgeführt worden. Die Braunschweig-Hannoversche Ueberlandzentrale L. G. Nordstemmen, das Elektrizitätswerk Söhlde G. m. b. H. und die Kreis-Elektrizitätswerke Sültingen sind von der hannoverschen Stromerzeugung L. G. aufgenommen worden. Diese selbst hat sich mit der Ueberlandwerk Braunschweig G. m. b. H. verschmolzen. Das Gesamtunternehmen trägt den Namen Hannover-Braunschweigische Stromerzeugung-L. G. und verfügt nach einer Kapitalerhöhung über ein Kapital von 12 Mill. M. In der Hand der Preussischen Elektrizitäts-L. G. befinden sich davon 8,88 Mill. Während die Gesellschafter der fusionierten Ueberlandwerk Braunschweig G. m. b. H. 3,12 Mill. zur Einbringung in eine zu bildende Finanzierungs-Gesellschaft über-nehmen haben.

450 Millionen Karstadt-Umsatz. Nach einer Erklärung des Karstadt-Konzerns wird für das Jahr 1929 ein Umsatz von 450 Millionen Markts erwartet gegenüber nur 254,4 Millionen im Jahre 1928. Die Karstadt-Verwaltung rechnet auch wieder mit der Verteilung einer zwölfprozentigen Dividende.

Löhne und Arbeitszeit im Kohlenbergbau der Welt. Das Genfer Internationale Arbeitsamt wird demnächst die Ergebnisse einer Erhebung über Löhne und Arbeitszeit im Kohlenbergbau 1927 veröffentlichen. Die Erhebung wird zum ersten Male Statistiken und Unterlagen auf einheitlicher und vergleichbarer Grundlage für die wichtigsten Kohle produzierenden Länder bringen.

Anleihen mit Monopolrecht.

Kein Telefonmonopol.

Die gestern von uns gestellte Frage, ob den zuständigen Reichsstellen etwas von einem Anleiheangebot bekannt ist, das mit dem Wunsch nach einem Telefonmonopol verknüpft wurde, ist vom Reichsfinanzministerium und vom Reichspostministerium beantwortet worden.

Wir haben selbst keine andere Antwort erhofft. Daß die Frage aber überhaupt gestellt werden mußte, ist symptomatisch für den hohen Grad von Unsicherheit, zu dem der Wille der deutschen Unternehmer zur kalten Privatisierung bereits geführt hat. Von unseren grundsätzlichen Bemerkungen ist durch die glücklicherweise vermeintliche Antwort nichts überflüssig geworden.

Wieder deutsche Anleihen in New York!

Nach achtmonatiger Pause.

Wir haben in der letzten Zeit mehrfach über die sich verbessernden Aussichten auf dem amerikanischen Kapitalmarkt gesprochen, langfristige Anleihen unterbringen zu können. Sehr schnell sind unsere Erwartungen bestätigt worden. Unter Führung der Guaranty-Trust-Compagnie wird augenblicklich eine 5-Millionen-Dollar-Anleihe der Deutschen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Hansa“ in Bremen in New York zur Zeichnung aufgelegt, die mit 6 Proz. verzinst ist und mit 93 Proz. begeben wird. Das ist seit acht Monaten die erste deutsche Obligationenanleihe, deren Unterbringung auf dem amerikanischen Kapitalmarkt versucht wird. Zinsfuß und Zeichnungspreis sind durchaus günstig. Im Februar d. J. wurde die 6prozentige Anleihe der Preussischen Elektrizitäts-L. G. zu 91 Proz. und die 6prozentige Anleihe der Harpener Bergbau-L. G. zu 90 Proz. aufgelegt. Es ist ein interessanter Zufall, daß die ebenfalls 6prozentige Kreuger-Anleihe mit 93 Proz. zur Auszahlung kommen soll, womit natürlich nicht gesagt wird, daß das Reich jetzt auch schon Anleihechancen für seinen großen Kapitalbedarf in New York hätte. Immerhin ist die Auflegung der Hansa-Anleihe von großer symptomatischer Bedeutung.

Diesen verbesserten Anleihechancen in New York ist natürlich im Gefolge der Aktienbaisse eine Ausserholung der deutschen festverzinslichen Werte in New York vorangegangen. Seit dem 1. Oktober sind die verschiedenen deutschen Amerikaanleihen der Länder, Städte und öffentlichen Werke bis um 2 1/2 Proz. gestiegen, die 6prozentige Anleihe der Rentenbankkreditanstalt hat sich sogar um fast 5 Punkte erhöht, während nur die Obligationen privater deutscher Unternehmungen eine geringere Kurssteigerung aufweisen. Freilich wird man zunächst das Zeichnungsergebnis auf die Hansa-Anleihe abwarten müssen.

In 5 Jahren 200000 Opelwagen.

Das erwartet Mister Sloan.

Mister Alfred P. Sloan, der Präsident der General Motors Corp., hat vor den Handelsovertretern der Opel L. G. Rüsselsheim über die Zukunft des Opelgeschäftes gesprochen, und zwar sehr optimistisch. Opel fabrizierte zurzeit jährlich etwa 40000 Automobile. Mister Sloan erklärt aber, daß er trotz der allgemeinen schwierigen Lage in Deutschland enttäuscht sein würde, wenn nicht nach Ablauf von fünf Jahren Opel über 200000 Automobile im Jahre herstellen würde. Er gab das Versprechen ab, daß das Opelgeschäft grundsätzlich als deutsche Institution erhalten werde, daß mit anderen Worten deutsche Arbeiter und deutsche Beamte beschäftigt und in größtmöglichem Ausmaß deutsches Material verwendet werden solle. Daß General Motors gleichzeitig nach Deutschland Autos importiere, sei auf die Weiterentwicklung des Opelgeschäftes ohne Einfluß, denn auch in Amerika konkurrieren die verschiedenen General Motors-Typen miteinander. An dieses Versprechen wird man natürlich keinen strengeren Nachdruck anlegen dürfen als an jedes andere Kaufmannsversprechen auch. Die Divi-

dende war noch immer wichtiger als nationale Interessen, und die Opeldividende fließt schließlich fast 100prozentig nach Amerika.

Es wurde noch mitgeteilt, daß Herr A. J. Reuter, bisher leitender Direktor verschiedener General Motors-Betriebe in den Vereinigten Staaten, die verantwortliche Leitung des Opelwerkes übernommen habe. Reuter wird von Mister Sloan als einer der fähigsten Leiter der General Motors Corp. bezeichnet.

Händler und Konsumvereine.

Ein abgewiesener Angriff. — Nach dem Eingreifen des Reichsgerichts.

Der II. Zivilsenat des Reichsgerichts in Leipzig beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit einem Rechtsstreit, der für die gesamte Genossenschaftsbewegung von größter Bedeutung ist.

Im Jahre 1926 brachte die Konsum- und Spargenossenschaft in Ulm an den Anschlagläulen und ihren Verkaufsstellen ein Plakat an, in welchem sie für Verdrängung des privaten Profitbetriebs eintrat und andererseits für genossenschaftlichen Zusammenfluß und planvolle genossenschaftliche Eigenproduktion aller Bedarfsgüter unter Ausschaltung des Profits. Zugleich wurde zur Beteiligung an dieser Einrichtung der Verbraucher aufgefordert unter Hinweis auf die dabei übliche Abgabe von guter und vollgewichtiger Ware, die Vorbildlichkeit der Warenpreise, die Aufwertung der Spareinlagen und die Verteilung des erzielten Mehrerlöses.

Gegen dieses Plakat nahmen die genossenschaftsfeindlichen Handelsvereinigungen sowie die Innungen Stellung in einem Flugblatt. Das Flugblatt endete mit der Aufforderung: „Heraus aus der Konsum- und Spargenossenschaft“. Außerdem wurde die Ulmer Genossenschaft verklagt. Es wurde von der Konsum- und Spargenossenschaft verlangt, daß sie in Zukunft nicht mehr behaupten solle, daß alle Handelskreise sich zusammengeschlossen haben zu dem Zweck, die Verdienstsprache möglichst hoch zu halten.

Es fanden sich auch Richter, die die Beklagte verurteilten. Die Beklagte legte Berufung ein, und das Oberlandesgericht in Stuttgart hob das vorinstanzliche Urteil auf und wies die Kläger kostenpflichtig ab.

Auf die Revision der Kläger hin hob das Reichsgericht das oberlandesgerichtliche Urteil auf und wies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurück. Am 20. Dezember 1928 fällt das Oberlandesgericht folgendes Urteil: Der Kläger wird mit seiner Klage abgewiesen. Die nunmehr auch gegen dieses Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht als völlig unbegründet zurückgewiesen und dem Kläger die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreites auferlegt.

Damit ist den Genossenschaftsfeinden im Reich eine schwere und wohlverdiente Niederlage bereitet worden.

Die Stickstoffpreise fallen.

Die Stickstoffpreise für das Düngjahr 1929/30 haben eine beachtliche Herabsetzung erfahren. Das ist auch im Preussischen Landtag auf eine kleine Anfrage der deutschen nationalen Fraktion festgestellt worden. Die Preisveränderung ist bei den Sorten mit größerem Abfall folgende:

	Düngereichjahr 1928/29	Düngereichjahr 1929/30
Schmelzflosses Ammoniak	0,83—0,95	0,80—0,90
Kaliumstickstoff	0,78—0,88	0,76—0,86
Kalksalpeter	1,13	1,03—1,07
Natronsalpeter	1,23	1,13—1,17

Das ist eine Preisentlastung von durchschnittlich 6 Proz. Der gesamte Jahresverbrauch der deutschen Landwirtschaft an reinem Stickstoff betrug im Düngereichjahr 1928/29 425 000 Tonnen. Mit dieser Siffer als Berechnungsgrundlage bringt die Herabsetzung der Stickstoffpreise eine Entlastung des Ausgabenkontos der landwirtschaftlichen Betriebe um 20 bis 25 Millionen Mark. Diese Entlastung schlägt in der landwirtschaftlichen Betriebsrechnung nicht unbedeutlich zu Buch.

Gewinnauszug

1. Klasse 34. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste gefallene Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

1. Ziehungstag 18. Oktober 1929

An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinn zu 100000 M. 148479
2 Gewinn zu 3000 M. 284015
2 Gewinn zu 2000 M. 185880
4 Gewinn zu 1000 M. 254544 373550
8 Gewinn zu 800 M. 25835 225761 242400 255679
24 Gewinn zu 500 M. 38000 66159 101773 239888 149148 158743
227270 281110 262979 267528 273945 389458
54 Gewinn zu 200 M. 4922 6336 7808 6826 10350 10730 29414
31761 67547 67811 84793 93504 95883 100849 123147 124984 129893
137795 145817 163002 185731 163280 162361 185224 212217 215801
222313 227050 264408 278000 292882 304384 309572 311673 330551
346388 350198 373169 377687 384887 395584 396434
278 Gewinn zu 120 M. 65 288 1720 1864 3412 4911 6171 6789 8490
8778 14212 16184 16923 20103 26590 31561 31939 42094 47479
50048 55198 55564 55687 57688 57785 60942 61431 69002 69785
70741 71181 72540 73625 73852 80196 85685 88228 89172 96638
97122 97920 100059 100251 107450 118256 116482 118320 118875
125861 127464 129593 130002 131586 135734 144483 149184 149723
151390 152274 154744 159731 162464 163890 164208 165275 165503
176730 176787 182231 192406 192789 194418 194518 205608 205782
207029 211053 211615 218038 229948 230015 230216 232222 234345
240068 246498 248953 248504 251498 253351 254892 256715 269021
273047 273679 283072 288096 289713 291968 292852 294441 300283
304336 310285 312409 321794 322548 330679 331728 339226 339158
339555 340141 340498 342723 343159 343884 344589 348246 351545
356154 356479 359091 365216 367330 367348 367548 371058 373542 374270
379954 382241 383339 387614 389148 390867 395167 395919 397528
397760

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 60 M. gezogen

2 Gewinn zu 10000 M. 99798
2 Gewinn zu 3000 M. 328531
4 Gewinn zu 1000 M. 36348 250253
8 Gewinn zu 800 M. 27725 181342 272663 349138
28 Gewinn zu 500 M. 5152 13412 112790 208490 260788 284485
321073 325653 334496 347993 359615 363481 369339 377073
54 Gewinn zu 200 M. 9419 19151 27658 34393 39608 41682 51674
67892 68100 74890 89297 90071 101116 104117 105568 111854
116709 126280 127233 133939 135376 137055 137643 140880 157380
163413 176517 184989 190678 215103 21816 226200 234980 248146
262400 293807 297376 297571 322528 335753 342865 354842 359430
359861 368433 393775 397570
254 Gewinn zu 120 M. 89959 9213 14560 16115 22165 25123 25281
27657 36311 41454 47747 48133 50180 51557 53087 55898 56287
65882 66109 67465 72964 73883 78989 78202 80013 80223 81762
85084 90899 97807 98781 99201 102260 102789 109685 118034
115096 115282 115570 118925 125188 130428 139674 147219 148311
150759 151242 153182 188216 160320 161319 172909 174616 177262
177924 178136 178928 180813 182081 182218 189550 194679 195531
202853 208784 210458 213452 224025 224365 230825 232532 235645
237471 239320 240608 241306 241784 257634 258281 259842 268830
267807 269027 271140 273289 275856 277038 279109 290412 290784
291392 291777 293700 294728 295002 297032 300067 303485 304634
305798 317534 328546 332294 334017 334636 336236 339192 341440
341473 342903 349689 359571 357023 365040 362137 363152 366283
367785 368636 370795 378060 378264 676348 389198 391968 392254
399925

Die in der heutigen Vormittagsziehung gezogenen beiden Hauptgewinne von je 100.000 M. fielen auf Nr. 148479 in Abteilung I nach Mannheim, in Abteilung II nach Frankfurt a. Main,

Lu Shün: Der Kuli stirbt

(Schluß.)

Aber in der gleichen Nacht gelang es dem ehrenwerten Herrn Tschü-sen nicht einzuschlafen. Er hatte tagsüber in seiner Eigenschaft als Volksschlichter eine Verhandlung mit dem Offizier gehabt, der Ah-Q verhaftet hatte. Herr Tschü-sen bestand darauf, daß nach den geräuberten Sachen geforscht werden müsse. Nur so wäre es seiner Ansicht nach möglich, den bloßen Verdacht, daß Ah-Q Missetäter sei, zu begründen. Der Offizier aber bestand darauf, daß der Kuli verurteilt werde, um die Massen vor Räubereien zu warnen. In dem Streite zwischen beiden geriet der Offizier allmählich in großen Zorn. Er schlug auf den Tisch, stieß den Stuhl um und schrie: „Dieser eine wird vernichtet, um hundert andere zu erschrecken! Sehen Sie: nun bin ich kaum zwanzig Tage Revolutionär, und schon haben sich zehn schlimme Raubfälle ereignet. Und nicht ein einziger ist bisher aufgedeckt worden. Ich verliere die Achtung vor mir selber, ich verliere „mein Gesicht“. Wenn dieser Fall endgültig erledigt ist, mögen Sie mit Ihrer verrückten und halsstarrigen Idee wiederkommen. Doch jetzt nicht! Diese Sache ist meine Angelegenheit.“

Herr Tschü-sen sah sich sehr in die Enge getrieben, aber noch hielt er an seiner Meinung fest und erklärte, daß im Falle einer Nichtnachforschung er seine Stelle als Beisitzer am Volksgericht niederlegen würde.

„Um Sie, was Sie wollen!“ sagte der Offizier gleichgültig. „So kam es, daß Herr Tschü-sen in dieser Nacht kein Auge zutat; aber am folgenden Tage hat er sein Amt doch nicht niedergelegt.“

Zum vierten Male wurde Ah-Q aus seiner Zelle geführt. Es war am Morgen nach der Nacht, an dem der ehrenwerte Herr Tschü-sen nicht geschlafen hatte. Als der Kuli die große Halle betrat, sah wieder der alte Mann mit dem glatt geschorenen Kopf da und Ah-Q kniete wieder, wie es seine Gewohnheit war, zur Erde. Sehr freundlich sagte der Greis: „Hast du noch irgendetwas zu sagen?“

Wieder dachte Ah-Q einen Augenblick nach, und da er nicht fand, was er sagen wollte, erwiderte er ehrlich: „Nichts!“

Da jogten ihm einige Leute, die lange Kleider trugen, eine Art Beste aus einem fremden Stoff an. Schwarze Schriftzeichen waren darauf geschrieben. Ah-Q sah mit erstaunten Augen an sich herunter; dann fühlte er plötzlich einen schweren Druck auf seinem Herzen; denn allzu sehr glückte die Farbe dieser Worte der allgemeinen Trauerfeierlichkeit. War denn jemand gestorben? In diesem Augenblick wurden seine Hände auch schon auf den Rücken gebunden, und gleichzeitig wurde er aus dem Amtsgelände geschoben.

Er wurde in einen offenen Wagen hinaufgehoben. Ein paar andere Personen in kurzen Jacken sahen neben ihm. Der Wagen rückte langsam davon. Voran schritt eine Kompanie Soldaten und Bürgerwehr. Sie trugen die Gewehre geschultert. Auf beiden Seiten standen Zuschauer mit offenen Mündern. Was hinter ihm war, sah Ah-Q nicht. Irgendwelche Gedanken arbeitete in seinem Hirn. Da fiel ihm plötzlich ein, daß es möglich sei, daß man ihn zum Richtplatz führe, um ihm den Kopf abzuschlagen. In einer plötzlichen Bewirrung schleierte Dunkelheit über sein Auge, ein Summen, höre wie der Ton einer gierigen Moskito, drang ihm durch die Ohren. Er war einer Ohnmacht nahe, und dennoch packte ihn die Ohnmächtigkeit nicht. Nach einer Weile fühlte er beinahe gelassen, daß es wohl so sein müsse: weshalb sollte es nicht Teil der zugeordneten Bestimmung sein, daß Menschen, die geboren waren zwischen Himmel und Erde, hingerichtet würden!

Der Gefangenentransport hatte die Straßen passiert und berührte nun den Weg, der zur Exekutionsstätte führte. Da wurde es ihm leibhaftig klar: man brachte ihn dorthin, um ihm den Kopf abzuschlagen! Er wurde verwirrt, blinzelte schon von links nach rechts und bemerkte, daß ein großer Menschenhaufen ihm folgte. Und unter diesem erspahrte er ganz un erwartet Amah Wu. Er hatte sie lange nicht mehr gesehen. Sie arbeitete also jetzt in der Stadt!

Ah-Q schämte sich plötzlich, doch er dachte nicht den Mut zu gewinnen hatte, wie die großen Verbrecher auf dem Wege zur Hinrichtung wieder zu singen. Seine Gedanken — so schien es — wirbelten unregelmäßig auf und nieder wie ein hilfloser Kreiswind. Vledertzte glitten durch sein Gehirn:

„Die kleine Witwe ging zum Grabe...“

Rein, dies Lied war ohne heldische Größe.

„Ich bereue, daß ich nicht...“

Diese Worte paßten noch weniger: sie waren zu armseelig; wenn sie auch in dem berühmten Singpiel „Kampf zwischen Tiger und Drachen“ vorkamen.

Ah, dieses:

„Ich heb die Peitsche aus Stahl empor Und schlage dich...“

Ah-Q wollte die Hand erheben. Aber sie war gefesselt und folgte ihm nicht. Da unterblieb auch dieses Lied.

Da sang der Kuli Worte, die er nie zuvor gedacht und niemals ausgesprochen hatte:

„Nach zwanzig Jahren wird einer geboren sein, Der ist ein Held wie ich! Er wird weise, er wird klug sein, Obgleich ihn keiner lehrte!“

„Bravo!“ schrie es aus der Menge heraus. Aber der Beifall klang wie das hungrige Belfern eines Wolfes.

Der Wagen fuhr unaufhaltsam weiter. Ah-Q sah nach der Frau Wu hinüber. Hatte sie ihn gehört? Dachte sie vielleicht jetzt daran, wie lächerlich unglücklich er, der Kuli, sie, die höher Bestellte, die Dienstmagd im Hause eines großen Herrn, geliebt hatte? Aber es schien, als ob sie ihn überhaupt nicht bemerkt habe: sie starrte wie salziniert auf die Gewehre, die auf den Schultern der Soldaten lagen.

Wiederum sah Ah-Q in die johlende Menge hinein. Und seine Gedanken wirkten erneut durch sein Gehirn: Vor vier Jahren hatte er am Abhang eines Berges einen ausgehungerten Wolf getroffen. Der folgte ihm. Schlich ihm nach in ständig gleichem Abstand. Und alles an der Bestie war gespannt, sein Blut zu saugen. Aber er hielt ein hölzernes Haarmesser in seinen Händen, und das gab ihm Mut, ins Dorf zu gelangen. Aber nie hatte er diese Wolfsaugen vergessen: grausam waren sie und wild, funkelnd wie zwei Teufelsteine; sie schienen ihm näher zu kommen und kamen dennoch nicht. Und es war, als ob sie jede Faser seines Fleisches verbrennen wollten.

Jetzt aber sah er noch nie gesehene, noch schrecklichere Wolfsaugen, die in den Gesichtern der Menschen flackerten: stumpf waren sie und doch so schneidend scharf. Sie hatten sein ganzes Leben hindurch alle seine Worte gebissen und gefressen, jetzt aber verschlangen sie sogar die Atmosphäre um ihn. Diese Augen folgten ihm nun in der immer gleichen Distanz, sie kamen nicht näher, sie blieben nicht zurück; sie schienen sich auf der Sehne eines Bogens zu sammeln, um vertausendfältig ihn zu treffen, sie waren bereit, dort auf dem Plage seine arme Seele tot zu beißen.....

„Hilfe!“

Aber in Wirklichkeit hat der Kuli nicht seinen Mund aufgetan. Eine ungeheure Schwärze brauste in seine Augen hinein. Der Ton laufender Räder schloß durch seine Ohren. Es war, als flöge sein ganzer Körper auseinander wie sehr leichter Staub.

Ah-Q war nicht mehr.

Im Dorfe Wei-huang, in dem Ah-Q so lange gelebt hatte, waren alle Leute überzeugt, daß dem Kuli recht geschehen sei. Denn er war schlecht, und die Tatsache, daß man ihn erschossen hatte, war der sicherste Beweis für seine Schlechtigkeit. Denn wäre er nicht verdorben gewesen, wie hätte man ihn dann erschließen können!

Die Leute in der Stadt aber waren wirklich unzufrieden mit Ah-Q. Eine Exekution durch Gewehre war lächerlich. Warum hatte man ihn nicht enthauptet?! Zeuge zu sein, wenn der Schödel fiel, lohnte sich. Und dann: was für ein armseeliger Delinquent war doch Ah-Q gewesen, den man so sehr lange öffentlich durch die Straßen geführt hatte und der vor seinem Ende nicht einmal, wie die großen Räuber, Lieder aus irgendwelchem heldischen Schauspiel gesungen hatte!

Verdammt! Sie waren alle umsonst mitgelaufen.

(Ermöglicht ins Deutsche überf. von Dennis Maria Luz.)

lösung hätten, den staubigen Flecken Argamasilla mit seinen Schafställen und Olivenpressen aufzusuchen, zeigt ein eingeborener Cicerone dortselbst in der Casa de Medrano einen engen dunklen Raum, wo Cervantes zur Feder gegriffen haben soll, um den ersten Teil von „Leben und Taten des scharfsinnigen Edlen Don Quichotte von la Mancha“ niederzuschreiben.

Berechtigte Zweifel bringen die düstere Szene um ihre Wirkung, wenn auch Cervantes nicht der einzige spanische Poet gewesen wäre, der seinen Pegasus im Kerker tummelte. Viel echter, glaubhafter ist das Leben, die Menschen, die Landschaft draußen.

Aus der Mancha, dem platten Land Kastiliens, war Don Quichotte gekommen, das Urbild des Spiegelschichters und dramatischer Phantasten, der in edlem Größenwahn und trübend von beständigem Pathos Frau Aventura und seiner Dulzinea von Toboso sich verschrieben hat, so wenig sein Knoppe Sancho Panza, dieser erdenschwere Fettwanne, dies auch verstehen kann. Mehr als drei Jahrhunderte ist es her und vieles hat sich leiblich verändert. Die Mancha aber ist heute noch so wie einst, erfüllt von grauer Erde, dürr und voll Staub, wehlig und gottverlassen, von Rissen und Runzeln durchzogen oder von Noragi durchtränkt. Und, als hätte der Menschengeist durch ihr vor ihrem bangen Wesen, wogte er es nur, schmale Brücken über das Döderland zu werfen, die der Kultur wohl keine Raft, aber doch einen Durchzug gestatten. —

Im Gleichschritt des Schienenstoßes müht sich die faule spanische Lokomotive der Sierra Morena zu. Es scheint fast, als hätte sie hier ihren Trost beschleunigt, um dem Fremden Spanien bald wieder von einer besseren Seite zu zeigen.

Telegraphenstange... nichts. Telegraphenstange... nichts, das platte Land, der Horizont, die dem dümmsten Primaner die Begriffe: Ebene — Linie unvergleichlich ins Gehirn zu hämmern umstände wären.

D. Don Miguel, wie kommst du die Geheimnisse des Menschengeistes! Don Quichotte mußte aus der Mancha kommen, denn wer lange hier weilt, wird zum Phantasten. Ueber diesem verlorbenen Prinzip des Horizontalen muß ihm die Fata Morgana ferner Länder und kühner Taten erblühen, wenn sein Geist nicht der Schwermut der Mancha zum Opfer fallen soll.

Phantastie und Humor, die fernsichtigste und sonnigste Seite des Menschengeistes, helfen eine Mancha ertragen, wenn es just auch nicht jene ist, die durchreisen muß, wer von Madrid nach Andalusien will.

Wanzenbekämpfung durch Spinnen

In alten Bihlbüchern findet man den Vorschlag, Wanzen durch amerikanische Kiepenwanz zu bekämpfen; diese sollen die kleineren einheimischen fressen, so daß man sie los ist. Eine ähnliche Weisheit, die sich jedoch nicht darauf beschränkt, den Teufel mit Belzebub auszuteilen, hat man nun in Äthen gefunden. Die Hauptstadt Griechenlands scheint überhaupt ein mit diesen Tieren überreich gesegneter Ort zu sein; der Museumsdirektor S. Pittakis nennt die Stadt geradezu Kiepenwanz (Wanzenstadt). Diese Parasiten haben sich aber schon im grauen Altertum dort heimlich gefühlt, denn sie spielen schon in den Komödien des Aristophanes eine Rolle. Als Äthen 1922 die Flüchtlinge aus Kleinasien aufnahm, wurde es in ihren Baracken so arg, daß sie ihre Betten ins Freie trugen, um nachts einigermaßen schlafen zu können, doch wanderten die anhänglichen Haustiere dorthin nach. Alle Desinfektionsmittel erwiesen sich als machtlos, bis 1924 die Plage allmählich von selbst erlosch, so daß man 1925 keine Wanzen mehr fand. Man untersuchte die Sache näher und fand, daß die Blutsauger anderen Insekten zum Opfer gefallen waren, nämlich einer merkwürdigen Spinnenart. Diese Spinnen sind 1,5 Zentimeter lang, 0,75 Zentimeter breit, haben vier Beinpaare und können mit Leichtigkeit Wanzen und Fliegen einsaugen, auch ohne ein Netz zu bauen. Die Wanzen, die sich keiner Gefahr bewußt sind, kriechen an ihnen vorbei; und schon stürzen sich die Spinnen von rückwärts auf sie und saugen ihnen das Blut vollkommen aus, daß nur noch eine leere Hülle bleibt. Ist eine Spinne gerade bei der Mahlzeit und sie will sich noch ein zweites nord-eilendes Opfer als Nachspeise reservieren, berührt sie dieses mit dem Hinterbein, worauf die Wanze ohne Stichverletzung in fatalistische Starre verfällt und wehrlos ist. Die unglücklich harnlosen Spinnen, die der Familie Thomisida flavidus Simon angehören, verzehren 30 bis 40 Beutetiere täglich. Das Weibchen legt 30 gelbe Eierchen, aus denen im Sommer nach 18 Tagen die kleinen Spinnen auskriechen, die sich sofort auf viel größere Wanzen stürzen und sie töten. Es wäre zu empfehlen, diese Spinnen für den Gebrauch in verunreinigten Baracken, Kasernen usw. zu züchten.

Reparaturen am Knochengerüst

Auf dem kürzlich in Paris tagenden Chirurgenkongress konnte der Präsident die Behauptung wagen, daß bei dem heutigen Stand der chirurgischen Technik der menschliche Körper, mindestens aber sein Knochengerüst, ebenso leicht und zuverlässig wie Holz oder Metall bearbeitet werden könne. Der amerikanische Chirurg Dr. Ferd. H. Weber, der sich durch seine Operationen auch in Frankreich einen Namen gemacht hat, führte den Kongressmitgliedern eine elektrisch betriebene Maschine vor, die der Verpflanzung von Knochenstücken dient, ein Apparat, der es dem Arzt gestattet, am Operationstisch alle die Reparaturen auszuführen, die in einer Maschinenwerkstatt an Holz- oder Metallteilen vorgenommen werden. So kann man beispielsweise mit der elektrisch betriebenen Maschine in allen Fällen von Rückenverkrümmungen die deformierten Knochen entfernen und durch mechanisch bearbeitete, korrekte gestaltete Knochen ersetzen. Die für die Reparatur an der verkrümmten Rückenmarkssäule erforderlichen Knochenstücke werden aus dem Schienbeinknochen mit einer elektrischen Säge herausgesägt und dann zu der gewünschten Form herausgearbeitet. Die Wirbelsäule kann in Wahrheit repariert werden, genau wie ein aus dem Lot geratener Schornstein.

Der enge Zusammenhang von Afrika und Südamerika dürfte jetzt als erwiesen gelten. Der englische Geologe A. L. Du Toit hat in einem Werke: „Die geologische Vergleichung von Südamerika mit Südafrika“ alle einschlägigen Materialien, welche die geologische Ähnlichkeit ausweisen, zusammengetragen und so reiche Ausbeute erzielt, daß Zweifel an der Zusammengehörigkeit der beiden einst vereinigten Kontinente kaum mehr aufrechterhalten werden können.

Der größte Stoßzahne des afrikanischen Elefanten soll sich im naturhistorischen Museum New York befinden. Der dortige Zahn ist 34 Zentimeter lang. Ein Stoßzahn des indischen Elefanten im Museum zu Banakol mißt 302 Zentimeter. Ein Kammzahnhorn im Museum zu Mexiko hat eine Länge von 5 Metern.

Aufim Speer: Auf den Spuren Don Quichottes

Die Mancha..... Wenn Dante Spanier gewesen wäre, hätte er zweifellos den Eingang zur Hölle in die Mancha verlegt.

Trostlos öde und dürr, hoch und grau füllt sie den Raum zwischen olivenbestandenen Hängen der Toldeaner Berge im Nordwesten und den kahlen Jügen des schwarzen Gebirges, der Sierra Morena, im Süden. Träge wälzt die Zancara ihre schlammigen Wellen durch die Monotonie der Ebene, da und dort Sumpfe oder Moräste oder die fließenden Erdschichten füllend, die die trockene Erde unter dem Grollen unterirdischer Gewitter oder den sengenden Strahlen der Sonne geöffnet hat.

Schnurgerade führen die Eisenbahnhüllen, zwei an der Zahl, durch die traurigste Landschaft Spaniens und ohne Aufenthalt durchziehen die Jüge die fast 300 Kilometer lange Strecke, als sei ihnen daran gelegen, die lähmende Oede je früher desto besser hinter sich zu lassen.

Dennoch scheinen sie kaum von der Stelle zu kommen. Kein Waf, kein Stützpunkt bietet sich den Augen des Reisenden dar, denn ewig gleichförmig und mit polarer Hoffnungslosigkeit dehnt sich der Horizont.

Selten ein Baum, eine vertümmerte Olive, ein kleiner Wald von Sumpfovegetation, ein Grasfeld, spärlich besät, kaum hinreichend, die so genügsamen Schafe und Ziegen zu ernähren, kaum irgendwo ein Zeichen menschlicher Ansiedelung, ein Haus oder Dorf. —

Erfüllt von Andalusiensehnsucht schält man die Telegraphenstangen, zieht Karte und Uhr und entsinnet sich vielleicht, wenn nicht das letzte Denkfähigkeit in stumpfem Dahindämmern geschwunden ist, sich auf einem Boden zu bewegen, dem eine der unergänglichsten Gestalten der Weltliteratur entwachsen ist.

Die Mancha ist im Spanischen ein Begriff, für den sich im

Deutschen ein annäherndes Beispiel nicht finden läßt. Alcátria wird sie auch genannt: das platte Land.

Dorther ließ Don Miguel Cervantes Saavedra das bizarre Gebilde seiner Phantasie, Hidalgo Don Quichotte, kommen, denn er erkannte wohl, daß der „caballero de la triste figura“, an dessen Beispiel er die Zustände seiner Zeit und die modischen Ritterromane im Sinne eines Amadis glossieren wollte, von nirgend anders herkommen konnte.

Cervantes war kein Stubengelehrter, kein auf dem Barnack geborener Dichter, der es als seine Pflicht erlaunt, sein Publikum zu belehren oder zu unterhalten. Durch die Schule des Lebens und die Fernen der Welt war er gegangen, bis auch er als alternder Mann sein Golgotha erlebte, wo er zur Erlösung der Menschheit beitragen mußte, was in seinen Kräften stand.

In der Seeschlacht von Lepanto hatte er, wie er selbst sich ausdrückt, „die linke Hand zum höheren Ruhm der rechten“ verloren, fünf Jahre war er als Esklave eines tunesischen Pasha zurückgehalten worden, um endlich, in die Heimat zurückgekehrt und einer besseren Zukunft entgegensehend, als Steuereinnahmer fälschlicherweise der Unterschlagung von Staatsgeldern angeklagt und eingekerkert zu werden. Es erwies sich zwar seine Unschuld, des Verdresses jedoch war er nicht ledig. Die Liebertreibung fällt gern die Läden in seiner Lebensbeschreibung, die es urkundlich zu erhellen bisher nicht gelang. Sie erzählt, wie das Schicksal Don Miguel zu Argamasilla, einem Flecken der Mancha, oberhalb hinter Schloß und Mauer lag, wenngleich dies aus den Gründen, die sie dafür angibt, einem alten Haudeggen edelster Herkunft, dessen Geschlecht sich der Verwandtschaft mit den Habsburgern rühmte, gewiß nicht widerfahren wäre.

Wohl um Fremde anzulocken, die anders gewiß keine Veran-

